

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Sonntag, den 19. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt.“

## Die Phrase vom Versprechen des Zukunftsstaats.

Wir haben uns schon manchmal gefragt, ob es sich denn auch verlohnt, den Überheutungen, welche die Gegner uns nachsagen, entgegenzutreten? Sie wollen ja gar keine Vernunft über uns und unsere Ideen annehmen, weil Tendenz oder resp. und Persidie dabei im Spiel ist, und sie kreischen mit medianten Unterstellungen weiter, wenn wir sie noch so überzeugend eukräftet haben. Schließlich ist ja der Nachteil nicht auf unserer Seite, wenn unsere Widersacher falsche oder schiefe Anschauungen über uns hegen und die deshalb so oft gegen Windmühlen kämpfen. In Rücksicht jedoch auf die vielen, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören, aber uns noch fernstehen, und die wir gewinnen wollen, ist es gleichwohl angebracht, das Kruggepinkel aufzulösen.

Zu den laudäufigen Phrasen dieser Art, denen man auch in vornehm sein wollenden bürgerlichen Blättern häufig begegnet, den Klischees sozusagen, gehört die Behauptung, die sozialdemokratischen Theoretiker und Führer kirren und köhnen die Arbeiter mit den verlockenden Versprechungen des paradisiatischen Zukunftsstaates. Nicht selten in Verbindung mit der Gemeinheit, die Führer glauben selbst nicht mehr daran, aber solchen Versprechen gehöre nun einmal zum agitatorischen Rüstzeug. Sogar Herr Naumann, sonst ein Gegner, der auf Anständigkeit hält, hat sich nicht entblödet, in einer öffentlichen Rede dergleichen zu äußern, wozu ihn vielleicht die Reminiscenz an die Zeit verleitet, da er selber noch als Pfarrer Glaubenslehren verkündete, mit denen er innerlich längst zerfallen war. Oder schwebten ihm die liberalen Versprechungen des Blockwaters Billow vor?

Wie einfältig ist doch jene Behauptung! Ist unsererseits jemals den Arbeitern versprochen worden, sie würden selbst noch die goldene Zeit erleben, wo ihre Not und Unfreiheit ein Ende hat und ein sonniges Dasein ihnen beschieden ist?! Im Gegenteil, auf schwere, heiße, zähe, langwierige Kämpfe, Opfer heischende Klassenkämpfe haben wir sie vorbereitet und nie verhehlt, daß sie für sich selbst bestenfalls nur magere Früchte pflücken, nur eine Hebung ihrer Klassenlage, Verminderung ihres Elends etappenweise erringen werden.

Einfältig ist die Phrase vom Versprechen auch darum, weil unsere Theorie nicht verspricht, sondern auf Grund unserer Wissenschaft die Prognose stellt über die historische Entwicklung zur höheren Kultur des Sozialismus mit dem Hebel des proletarischen Klassenkampfes. Die Gründe und Argumente, worauf diese Prognose sich stützt, werden den Arbeitern in unseren wissenschaftlichen Werken und unzähligen populären Schriften und Zeitungsartikeln, wie auch in Vorträgen, bis in die innersten Falten bloßgelegt. Sie selber sind in den Stand gesetzt, sich ihr eigenes Urteil darüber zu bilden, zu prüfen, ob jene Prognose zutreffend oder irrig ist. Und nur weil die sozialdemokratischen Massen sich von deren Schlüssigkeit überzeugt haben, bekennen sie sich zum Sozialismus, sind sie für dieses Gesellschaftsideal der Zukunft begeistert; nicht aber, weil wir es „versprechen“.

Auch hier aber übertragen die Gegner fälschlich auf die Sozialdemokratie, was in der Klassengesellschaft üblich ist. Versprochen wird den Gläubigen von der Geistlichkeit die himmlische Seligkeit, wenn sie hübsch fromm sind, viel beten und die kirchlichen Lehren und Bräuche respektieren und ihre Kinder demgemäß erziehen. Und weil das mit keinen Vernunftgründen bewiesen werden kann, dieses Versprechen vielmehr von der Skepsis und dem strengen Denken hart bedrängt wird, deshalb verlangt die Geistlichkeit Glauben; Glauben, daß dieses Versprechen — jenseits des Grabes eingelöst wird!

Versprochen wurde feinerzeit dem Volke von der Bourgeoisie „Holland und Brabant“ vom Liberalismus, vom freien Spiel der Kräfte, von der Manchestererei. Wenn nur einmal die feudalen und zünftigen Fesseln des Wirtschaftslebens abgeworfen sind, dann kann und wird jeder, der fleißig und sparsam ist, auf einen grünen Zweig kommen und jeden Sonntag sein Huhn im Topf haben. Und wie kam es? Die Bourgeoisie hat den Liberalismus weidlich für ihre Interessen ausgenutzt, auch gegen das Volk selbst, durch schrankenlose Ausbeutung der Arbeit Milliarden angehäuft, das Proletariat ins Elend gestoßen und den Mittelstand schwer bedrängt und zum großen Teil ins Elend versinken lassen.

Dann kam die sozialpolitische Aera, hart und heiß erkämpft von der geschlossenen und entschlossenen Arbeiterklasse. Sozialreform und Arbeiterschutz wurde Parole, um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu

nehmen. Vor jeder Wahl waren die bürgerlichen Kandidaten überaus freigiebig mit den schönsten Versprechungen für die Arbeiter. Wie sie ihre Versprechungen eingelöst haben, zeigt der heutige Stand der Arbeitergesetzgebung, zeigen die Arbeitgebervereine und die Massenausparungen.

Die Bürgerlichen hätten daher allen Grund, mit ihren hämischen Auslassungen über die „Versprechungen“ der sozialdemokratischen Führer einzupacken. De te fabula narratur, die Fabel, die ihr über uns auskramt, trifft euch selbst, und da ist sie keine Fabel! —

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der christlich-konstitutionelle Reichskanzler.

Die internationale Schaustellung bürgerlicher Parlamentarier hat gestern im Reichstag ihren Anfang genommen. Um den fremden Gästen zu zeigen, daß sie in einem Militärstaat sich befinden, waren auch Admiral v. Tirpitz und Kriegsminister v. Einem erschienen. Fürst Bülow, der den interparlamentarischen Kongreß namens der Reichsregierung begrüßte, schien besonders guter Laune zu sein, denn er leistete sich in seiner Rede den Witz, zu sagen:

„Sie sind Abgeordnete, meine Herren, und ich bin Minister, ein Minister, der sich seit elf Jahren in diesem Saal oft an die Vertreter seines Landes gewendet hat. Wenn ich auch kein parlamentarischer Minister in des Wortes vollster Bedeutung bin, so bin ich doch ein streng konstitutioneller Reichskanzler. Ich hoffe sehr, daß Ihre deutschen Kollegen mir nicht widersprechen werden.“

Der ehrlich-konstitutionelle Kanzler, der sich dieses Lob selbst zu erteilen für gut befand, hat erst im Januar dieses Jahres eine Probe seines konstitutionellen Empfindens abgelegt, als er im preussischen Landtag gegen das Wahlrecht des Reiches zu Felde zog, dessen Kanzler er ist. Die Hoffnung, daß seiner burlesken Behauptung nicht widersprochen werde, hat sich voll erfüllt, denn bürgerliche Abgeordnete, die den Mut haben, einem Minister zu widersprechen, müssen aus anderem Holze geschnitten sein, als die Eichhoff, Rämpf und Quibde es sind.

#### Auf die lange Bank geschoben.

Bürgerlichen Blättern wird berichtet, daß seit einiger Zeit an kompetenter Stelle erwogen werde, ob man dem Reichstage nicht eine Änderung des Artikels im neuen Zolltarif vorlegen soll, der die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung für den 1. Januar 1910 festgelegt hat. Die Vorarbeiten für die Witwen- und Waisenversicherung sind nämlich noch lange nicht so weit gediehen, wie von manchen Seiten verbreitet wird. Für die Richtigkeit dieser Meldung spricht ziemlich viel. Wenn es sich um ein agrarisches Gesetz handeln würde, dann hätte die Regierung ganz gewiß größere Eile. Der Wink der „Deutschen Tageszeitung“, die das Gesetz als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet hat, ist im Reichsamt des Innern offenbar verstanden worden.

#### Sunkerefreiheit.

Anknüpfend an die Verhandlungen des Parteitag in Nürnberg sagt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ Knuten-Diels, daß es verwirrend wirken würde, wenn Angehörige der Sozialdemokratie zugleich Beamte und Angestellte des Staates sein können. Das Blatt erklärt dann weiter: „Die Verschiedenheit der Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Sozialdemokratie wird auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können. Sie ist mit dem Reichsgedanken und dem Reichszwecke unvereinbar. Die verbündeten Regierungen werden die Frage ernstlich erwägen müssen, ob es nicht geboten und notwendig sei, sich über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. Daß dieses Vorgehen nicht in der Richtlinie des von den süddeutschen Regierungen geübten liegen kann, ist für uns zweifellos.“ — Dieser Erguß einer schönen Seele bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die von den Sunkern beherrschte preussische Regierung in die inneren Angelegenheiten anderer Bundesstaaten eingreifen soll. Dieses unverschämte Verlangen ist eine Sunkerefreiheit, wie sie im Buche steht. Dieselben Sunkern, die diesen Wunsch äußern, haben durch den Sunker v. Oldenburg-Sanuschau erklären lassen, daß die nichtpreussischen Bundesstaaten kein Recht haben, sich in die Frage des preussischen Wahlrechtes einzumengen. Die süddeutschen Staaten werden sich der Knute des Sunkertums zu erwehren wissen.

#### Reform der Krankenversicherung.

Über diese für die Arbeiterklasse so bedeutsame Materie wird, anscheinend offiziös, berichtet, daß zunächst eine umfassende Zentralisation beabsichtigt ist, und zwar

soll diese Zentralisation auf Wang beruhen. Gemeindeversicherung und Baukrankenkassen sollen überhaupt in Wegfall kommen. Für die ländlichen Kreise sind Krankenkassen mit abgestuften Beiträgen nach Gefahrenklassen vorgesehen. Andererseits wird man die Knappschaftskassen ihrer Sonderstellung wegen und die Ortskrankenkassen, die heute die Hälfte aller Versicherten umschließen, unbedingt beibehalten. Daß die ganze Zentralisation lediglich nach Zweckmäßigkeits-Rücksichten und nicht nach historischen Erwägungen eingerichtet werden soll, darf als feststehend gelten. Die Zweckmäßigkeits-Rücksichten bestehen natürlich darin, daß den Versicherten die Selbstverwaltung beschnitten wird.

#### Konservatismus und Liberalismus.

Die „Kreuzzeitung“ setzt sich wieder einmal mit dem „gottlosen“ Liberalismus auseinander und fixiert den Gegenlag so:

Da stehen sich, von den zahlreichen Abarten abgesehen, nur zwei große Weltanschauungen gegenüber, deren Gegenläge sich auch durch die Politik hindurchziehen: der Konservatismus, die Beugung unter die großen Wirklichkeiten des Lebens, unter Gott, unter die Geschichte, unter die gesellschaftlichen Unterschiede, unter das Recht, und der Liberalismus, die Geringschätzung aller der genannten Realitäten und die Erklärung der schrankenlosen Selbstherrlichkeit des Individuums und die Behandlung desselben nach derselben doktrinären Schablone. Dort Geschichte, hier Lehre! Dort Autorität, hier Selbstherrlichkeit! Dort Organismus, hier Mechanismus! Dort innere Freiheit, hier Zügellosigkeit! Und wie man sonst noch den Gegenlag weiter auseinanderlegen könnte.

Dem Liberalismus geschieht wirklich Unrecht, wenn man ihm Unglauben zum Vorwurf macht. In seiner Sturm- und Drangperiode, ja, da verkündete er auch den Atheismus als einen liberalen Grundsatz, mittlerweile ist aber der Liberalismus, in Erfüllung eines bekannten Spruches, längst zur alten Beschwester geworden.

#### Tabaksteuer-Begeisterung.

Aus Interessentenkreisen war mitgeteilt worden, daß jede Verteuerung des Tabaks durch eine höhere Steuer dazu führen müßte, daß die am stärksten — zu 85 Proz. — konsumierten Zigarren in der Preislage bis fünf und sechs Pfennig, nur noch unter erhöhter Verwendung inländischer Tabake hergestellt werden könnten. Das erfüllt die „Deutsche Tageszeitung“ mit hellem Entzücken. Sie schreibt:

„Wenn durch eine Erhöhung der Tabaksteuer eine stärkere Zuhilfenahme des inländischen Tabaks für Herstellung der Massenverbrauchs-Zigarren notwendig werden soll, so müssen wir im Gegenlag zu den Nationalsteuereuren das als ein sehr wirklames Argument „für“, nicht „wider“ eine solche Steuererhöhung ansehen.“

Natürlich, die Sunkern können sich nach wie vor echte, teure Importen leisten. Für den kleinen Mann aber ist die echte „Uckermarkter“ oder eine „Pfälzer“ gerade gut genug.

#### Neuer Herrenhäusler.

Der freikonservative Reichstagsabgeordnete v. Richtshofen-Damsdorf ist in das Herrenhaus gebracht worden und zwar auf Lebenszeit. Der Adel in den Bezirken Schweidnitz und Sauer hatte ihn präsentiert.

#### Nationalliberale Makler.

Nach Lattmann und Liebermann dürften nun auch Baffermann und Hieber vor dem Schatzsekretär Sydow erscheinen, um von ihm die geheimnisvollen Steuerpläne zu erfahren. Jetzt endlich sind die Wiener und Müller-Meinungen an der Reihe. Sydow pfeift, und hurtig kommt die ganze Blockgesellschaft gelaufen. Und das nennt sich — Volksvertreter!

#### Nachwahl zum Reichstag in Sicht?

Der Reichstagsabgeordnete für den 8. hessischen Wahlkreis Alzen-Bingen, Gutsbesitzer Ph. Keller, aus Steinbockenheim ist, wie die „Nationalzeitung“ mitteilt, so schwer erkrankt, daß er sein Mandat auszuüben nicht mehr in die Lage kommen dürfte. Man beschäftigt sich in den maßgebenden Kreisen schon mit der Person eines Nachfolgers. Keller ist wilheliberal und hat im vorigen Jahre den freisinnigen Abg. Schmidt-Eberfeld verdrängt.

#### Ein Dornburg-Dementi.

Staatssekretär Dornburg hat in Windhuk eine Rede gehalten, in der er scharf gegen das Reichstagswahlrecht zu Felde zog. Nachdem die freisinnige Presse tagelang an ihm gebohrt hat, hat er sich endlich zu einem Dementi entschlossen, das aber eine platte Bestätigung dessen enthält, was Dornburg zum Vorwurf gemacht worden war. In seinem Dementi erklärt er nämlich, es habe sich um die neu zu schaffende Institution des Landesrats für Südwestafrika gehandelt und dazu wurde die Bestallung der

Mitglieder auf Grund des Reichstagswahlrechts verlangt. Diesem Verlangen ist Dernburg entgegen getreten und hat dabei auf Berlin und Hamburg verwiesen, welche im Reichstag durch eine ihre ideale und wirtschaftliche Basis negierende Partei vertreten werden, die alles tue, um diese Basis zu zerstören.

Darin liegt unverkühlt ein grober Angriff auf das Reichstagswahlrecht, der durch keine Dernburgsche Deutelei beseitigt werden kann.

### Gegen die Lichtsteuer

Soll ein eigens zu diesem Zwecke einberufener außerordentlicher Städtetag für Westfalen Stellung nehmen.

### Der Recht im Karpfenteich.

Recht unliebsam bemerkt wurde auf der Interparlamentarischen Konferenz eine Rede, die ein österreichischer Abgeordneter, namens Staudt, hielt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ führte er aus:

„Alle unsere Beschlüsse werden eine rein platonische Rundgebung bleiben, wenn es uns nicht gelingt, die große Masse des Volkes dafür zu interessieren. Wir haben ja keine Möglichkeit, zwangsweise Kriege zu verhindern: wir können also immer nur durch den guten Willen und die große Masse der Bevölkerung wirken. Die Kriege sind heute meist Kriege um Absatzgebiete. Ich erinnere nur an Marokko. Die Ausdehnung der großen Industrie erfordert neue Absatzgebiete und bedeutet daher eine ständige Kriegsgefahr. Deshalb muß die Förderung der Landwirtschaft mit der Industrie gleichen Schritt halten. Wenn die Völker nicht mehr an kriegerische Eroberungen denken sollen, dann müssen sie im Innern gefördert werden durch Hebung der Arbeitslöhne und durch den Schutz des Mittelstandes. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Konferenz die Bitte zur Einberufung einer dritten Haager Konferenz nicht an den Zaren, sondern an die russische Duma richten möge. Man dürfe nicht warten auf den Antimilitarismus der Anarchisten, sondern müsse selbst durch christlichen Antimilitarismus Arbeit und Frieden fördern.“

Der Präsident der Konferenz, Prinz Schönau-Carolath, unterbrach den unheimlichen Redner nochmals mit dem Ersuchen, zur Sache zu sprechen. Es ist begreiflich, daß die Höflinge, die in großer Zahl an der Konferenz teilnahmen, solche Ansichten nicht gerade gerne hörten.

### Der Internationale Kongress für Seerecht.

Londoner Blättern zufolge beabsichtigt die englische Regierung, den an den bevorstehenden Internationalen Kongress für Seerecht teilnehmenden Mächten vorzuschlagen, die Eröffnung des Kongresses vom 1. Oktober auf den 1. Dezember ds. J. zu verschieben. Der Kongress wird wahrscheinlich im Londoner Auswärtigen Amt stattfinden.

### Der Reichsverband betragt seine Auftraggeber.

Die Geldgeber des Reichsverbandes wollen Erfolge sehen, sonst knöpfen sie ihre Taschen zu und die reichsverbändlerischen Schwindelgenies können sehen, wo sie bleiben. Deshalb müssen diese bedauernswerten Kreaturen, wenn sie keine Erfolge aufweisen können, ihre Geldgeber anlügen. Der Abg. v. Kaufmann in Wolfenbüttel war kaum gestorben, als auch schon die „Korrespondenz des Reichsverbandes“ verkündete, daß der Reichsverband sofort die Wahlarbeit begonnen habe. In der gewohnten Weise haben die Reichsverbändler den Kampf für die Kandidaten des Bundes der Landwirte geführt, mit dem „Erfolg“, daß dieser bloß 10 771 Stimmen erhielt, das sind 3351 weniger, als der verstorbene v. Kaufmann erhalten hatte. Von diesem eklatanten Mißerfolg sagen die Reichsverbändler ihren Geldgebern natürlich nichts, dafür lügen sie ihnen einen Erfolg über die Sozialdemokratie vor, weil unter Kandidat 800 Stimmen weniger erhalten hat. Die Korrespondenz des Reichsverbandes verkündet, die Sozialdemokratie habe 10 Proz. ihrer Stimmen eingebüßt, dagegen verzeichnen die Reichsverbändler, daß ihr Kandidat Kleys nicht weniger als 22 Proz. der Stimmen verloren hat, die auf seinen Vorgänger entfielen waren. Und das, obwohl die Reichsverbändler gelogen haben, daß sich die Balken bogen. Der Wahlkreis Wolfenbüttel ist ein fast rein ländlicher, die Beteiligung bei Nachwahlen ist fast stets eine schwächere, jedoch die 800 Stimmen Verlust durchaus keinen Erfolg der Reichsverbändler darstellen. So liegt der Reichsverband seine Geldgeber an.

### Die Stellung der Welfen im Reichstagswahlkreis Wolfenbüttel.

Die am Donnerstag abgehaltene Versammlung der braunschweigischen Landesrechtspartei beschloß, bezüglich der Stellungnahme zur Reichstagswahl im zweiten braunschweigischen Wahlkreis, daß im Hinblick auf die bedenkliche Art der Kampfesweise der Anhänger des Kandidaten Kleys und dessen Stellungnahme zum angestammten Fürstentum, den Wählern des Notars Debeding ein Eintreten für Kleys nicht empfohlen werden kann, daß die Landesrechtspartei aber als monarchische Partei auch die Sozialdemokraten nicht unterstützen kann. Sie überläßt daher ihren Anhängern, nach bestem Gewissen unter Darlegung der bekannten Vorgänge bei der Hauptwahl zu der Stichwahl Stellung zu nehmen, gegen die Wahl aber sofort wegen grober Unregelmäßigkeiten Protest einzulegen. — Die Freigabe der Abstammung bedeutet natürlich nichts anderes, als eine verschleierte Auflockerung, doch für den Ordnungsmann zu stimmen. Über allen Streitigkeiten über dynastische Fragen und sonstige Belanglosigkeiten steht eben immer der Klasseninstinkt der Besitzenden.

### Unsere Friedensdemonstration.

Am morgigen Sonntag wird die Deputation englischer Arbeiterführer den Berliner Arbeitern als Vertretern des deutschen Proletariats in einer großen Versammlung in der „Neuen Welt“ die Friedensadresse des englischen Volkes an das deutsche Volk überreichen. Die Berliner Arbeiter werden ihren englischen Genossen einen herzlichen Empfang bereiten. Singer und Legien werden die Adresse und die Ansprachen beantworten.

Die englische Deputation besteht aus folgenden Mitgliedern: W. A. Shackleton, M. P. (Parlamentarischer Mitglied), Präsident des Trade-Union-Kongresses. W. C. Steadman, M. P., Sekretär des parlamentarischen Komitees des Trade-Union-Kongresses. Henry Vivian, M. P., Sekretär des Vereins für Arbeiterteilhaberschaften. John Wilson, M. P., Sekretär der Bergarbeiter-Union für Durham. James Rowlands, M. P. John Ward, M. P., Sekretär der Kanals, Erd- u. Wasserbauarbeiter. E. W. Bowerman, M. P., Präsident des Schriftsetzerverbandes, London. F. Maddison, M. P., Sekretär des Bundes für internationale Schiedsgerichte. George Nicholls, M. P., Präsident des Verbandes der Landarbeiter. J. Havlock Wilson, M. P., Präsident des Verbandes der Matrosen und Heizer. G. D. Kelley, M. P., Sekretär des Lithographen-Verbandes. G. H. Roberts, M. P. W. A. Appleton, Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Ben Cooper, Sekretär des Zigarrenarbeiter-Verbandes. John Morgan, F. B. Baum, Isaac S. Mitchell, Vorstandsmitglieder des Bundes für internationale Schiedsgerichte. J. E. Williams. E. Freak, Präsident des Verbandes der Schuh- und Stiefelarbeiter. J. N. Allen, Präsident des Kongresses der Konsumgenossenschaften, 1908. T. C. Pentney.

### Österreich-Ungarn.

Für das Wahlrecht. Für den Vorabend der Eröffnung des ungarischen Parlaments sind von der sozialdemokratischen Partei am Montag 26 Protestversammlungen und Demonstrationsumzüge in der ganzen Stadt angekündigt. Bevor das unverfälschte Wahlrecht nicht erreicht wird, heißt es in dem Aufhänge, wird in diesem Lande keine Ruhe sein.

### Rußland.

Die Cholera in Rußland. Von Donnerstag mittag bis Freitag mittag sind 392 Personen an der Cholera erkrankt, 125 gestorben. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt jetzt 1061. Seit Beginn der Epidemie in Petersburg sind 1669 Personen erkrankt und 488 gestorben. Die städtischen Schulen sind für 1 1/2 Monate geschlossen. In den Schulgebäuden werden Hospitäler eingerichtet. Zahlreiche Fremde verlassen die Stadt. In Smolensk wurde ein tödlich verlaufener Cholerafall festgestellt.

Die Cholera. Aus Petersburg schreibt man uns vom 15. September:

Alle eingewiesenen und kompetenten Leute Petersburgs wissen es genau und manche sprechen es auch mit einer ihre Position gefährdenden Offenheit unverbohlen aus, daß der Ausbruch der immer unheimlicher grassierenden Epidemie hier hätte vermieden werden können oder richtiger hätte vermieden werden müssen. Denn es ist eine jener unerschämten Lügen, wie sie das hiesige Regierungssystem züchtet, wenn die interessierten Kreise es hinausposaunen, die Cholera sei überraschend gekommen und hätte darum die städtische Verwaltung völlig unvorbereitet gefunden. Speziell Petersburg hätte rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen treffen können, wenn dessen reaktionäre Gebieter von ernstlicher Sorge um das Wohl und Wehe der Residenzbevölkerung erfüllt gewesen wäre. Besondere prophetische Voraussicht hätte dazu wahrlich nicht gehört, nachdem bereits im Frühling von Sanitätsinspektor Oppenheim die Gefahr erkannt worden war. Schon damals hatte er ausdrücklich erklärt, daß die Cholera im August, jedenfalls nicht später als im September die Residenz erreichen würde. Den ganzen Sommer hindurch mehrten sich sodann unheil kündende Symptome in Form von massenhaften Diarrhöerkrankungen, die darauf hindeuteten, daß die Keime der Pest bereits vorhanden seien und sich immer mehr ausbreiteten. Was aber unternahm die Petersburger Stadtverwaltung? Abgesehen von verhältnismäßig unbedeutenden Summen, die sie für diese Zwecke aussetzte, und von der Bereitstellung einiger Baracken in den entlegensten Teilen der Stadt zur Aufnahme von höchstens 300 Kranken, kümmerte sie sich um nichts, ließ den alten Schlenker gewähren und sah mit fatalistischem Gleichmut zu, wie die Epidemieherde genährt und erzeugt wurden. Nicht einmal für die erforderlichen Krankenwagen war hier vorgesorgt, so daß jetzt einfache Droschken den Transport von Choleraerkranken besorgen und so trotz offizieller Vorsichtsmaßregeln die Ansteckungsgefahren noch verstärken. Niemand glaubte indes, daß hier einzig und allein Mangel an Initiative geherrschte hat. Weit gefehlt! Hier sind tiefer, in den ganzen Verhältnissen liegende Ursachen verborgen. Zur regelrechten Bekämpfung der drohenden Epidemie wäre ein Apparat vonnöten gewesen, der nur bei vollständiger Umgestaltung der Stadtbewirtschaftung möglich wäre. Um diese Behauptung nicht als Übertreibung anzusehen, muß man Petersburg und seine Verwaltung kennen, muß man das jahrelange vergebliche Streben einzelner progressiver Stadtverordneten in der Stadtduma nach irgendwelchen Neuerungen und den hartnäckigen Widerstand der entscheidenden Mehrheit dagegen beobachten, muß man sich von den unerhörten sanitären Zuständen des „Fensters Europas“ durch eigenen Anblick überzeugen. Es genügt, nur einmal in einen Petersburger Hof die Nase hineinzutun oder die Fäulnisse eines hiesigen Marktes — wie z. B. des „Bauches“ dieser Residenz, der Sennaja — gelegentlich einzatmen, geschweige denn die Kloaken Petersburgs gesehen und gerochen zu haben, um die Myriaden Bazillen zu spüren und nur darüber zu staunen, daß die nordische Millionenstadt nicht von einer allumfassenden Epidemie verzehrt wird. Die von ungezügelter Egoismus geleitete Hausbesitzerkaste, die hier wie nirgends in Europa schaltet und waltet, hat es jahrzehntelang verstanden, das Schicksal Petersburgs in jammervoller Manier zu entscheiden und jeden Fortschritt zur Hebung der Stadt nach europäischer Art bewußt zu hintertreiben (siehe auch das traurige Kapitel der Verkehrsverbindungen!). Erst wenn die Epidemie mit voller Wucht Platz greift, dann ermannt sich die städtische Verwaltung Petersburgs, dann schreit sie nach Desinfektionsmitteln, dann firent sie Pulver und spritzt mit Karbolwasser um sich, dann ruft sie nach Ärzten, nach hilfsbereiten und opferfertigen Studenten der letzten Semester, nach Krankenschwestern und dergleichen mehr. So lange es sich aber um prophylaktische Mittel handelt,

bleibt sie stocktaub. Was für Petersburg gilt, tritt in der Provinz nicht minder scharf hervor. Klein z. B., das gleichfalls als choleraangesteckt proklamiert worden ist, hat schon im vorigen Jahr seine skandalösen Zustände in ungeheurer Form gezeigt und zur Evidenz bewiesen, zu welchen Katastrophen eine von Selbstsucht getragene, auf Diebstahl begründete Ausbeutung städtischer Unternehmungen durch die Eliten der „echten Russen“ führen kann. Dort wurde gar die Kanalisation zur Trägerin der Epidemie. Waren doch bei der Kiewer selbstischen Mißwirtschaft die Riefeselder so miserabel angelegt, daß durch sie ein ständiger Kreis für Bazillenkultur geschaffen wurde. Wo aber auch immer die ehrstüßlichen Verbände an der Spitze von Stadtgemeinden stehen, da kann man sicher sein, daß die Bürgerschaft daselbst nur ein Spielball in den Händen einzelner ist. Und daß solche Zustände möglich seien, dafür sorgt die Zentralregierung nicht allein durch einen raffinierten Wahlmodus, sondern auch durch stete Einschüchterungen aller freieren Elemente, sobald es sich um die Wahlen von neuen Stadtverordneten handelt. Jetzt erntet sie nur allüberall, was sie selber gesät hat. Die beiden häufigen Gäste Rußlands, Hunger und Cholera, suchen nunmehr ganze Territorien Rußlands heim und bringen mit sich Schrecken und Depression, aber von beiden Schrecken wirkt die Ausbreitung der Cholera in der Residenz auf die Bevölkerung im ganzen Lande besonders deprimierend. Allerdings hat jedes grandiose Unglück, das das russische Reich trifft, zugleich seine positive Reifeite für das Land. Denn zu solchen Zeiten kommen von neuem die freieren, alt russischen Elemente zu größerer Geltung. Die öffentliche Meinung darf ihre Stimme erheben, um die skrupellose Wirtschaft nach Gehilr zu würdigen. Und wie der Spezialfall nur ein Ergebnis der Gesamtzustände ist, so steigert sich die Spezialkritik zu allgemeiner Opposition. Welche Tragik ist indes gerade in diesem Trost enthalten!

### Schweden.

Die Wahlen ergaben 84 Konservative, 63 Liberale und 16 Sozialisten, zusammen 163 von 230 Abgeordneten. Die Rechte verlor 16, während die Liberalen und Sozialisten je 8 Mandate gewonnen haben.

### Der Bombenanschlag in Malmö vor Gericht.

Freitag wurde das Urteil im Prozeß gesprochen wegen des bekannten Bomben-Anschlages, der am 12. Juli gegen englische Streikbrecher auf dem als Logischiff verwendeten Dampfer „Amthaea“ verübt wurde. Die Angeklagten Nilsson und Rosberg wurden zum Tode, ferner zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, zwei Angeklagte zu sechs bzw. zwei Monaten Zwangsarbeit und der Angeklagte Nataniel Wallström zu 100 Kronen Geldstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

### Marokko.

Zunere Kämpfe. In der Nacht zum Montag wurde von 5000 Kifanten das Lager des Roghli umzingelt. Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt angeblich 300. Die Kifanten machten große Beute an Vieh und Material; sie sind nun durch Überläufer aus den Reihen Roghhis mächtiger geworden als je zuvor.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 19. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nach folgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhäuser, Grünmühle, Hafentstraße, Stielbau Marti, Kalkenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Madel, Krempelsdorfer Chauffee und J. A. B. Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! Über die Gelbbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Madel und F. Jabs im Fünfhäuser und über den Bau Hafentstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Reserve hat Ruh'. Unse Arbeitsbrüder in den Kasernen werden in diesem Jahre mit ernteten Gesichtern den bunten Rock ablegen, wie das ihre Vorgänger nötig hatten. Schwer lastet die wirtschaftliche Krise auf dem Erwerbseben und viele Tausende, die 2 Jahre der Sorge um das tägliche Brot entzogen waren, werden jetzt arbeitslos sein und vor dem Nichts stehen, es sei denn, daß sie vor ihrem Eintritt in die Kasernen Mitglied der Gewerkschaft waren und ihre Pflicht bis zuletzt erfüllten. Aber sie alle sind noch jung und arbeitsfähig, und über ein Weilschen werden sie schon unterkommen. Und zugleich wird man an sie herantreten mit dem Anfinnen, einem Militärverein eine beizutreten. In der Kaserne ist ja in den meisten Fällen schon vorgearbeitet worden. Am Ende der Dienstzeit hat man schöne Reden gehalten: Man sei sehr zufrieden gewesen mit der Mannschaft, sie hätten sich ausgezeichnet geführt; aber nun sei es auch Pflicht aller „ehrliebenden“ Soldaten, im Zivilverhältnis die gute Einnahme weiter zu betätigen, dazu gehört, daß sie sich von den roten Högern mit ihrer „wüsten“ Agitation fernhalten. Nicht in Parteiverenien und in Gewerkschaften sei ihr Platz, sondern in dem Militär- und Waffengefahrtenverein. Dort werde die Vaterlandsliebe gepflegt und der soziale Friede. Wer aber in die Gewerkschaften eintrete, wer Sozialdemokrat werde, der breche gewissermaßen seinen Fahnenstab, der sei so viel wert wie ein Deserteur.

Die Reservisten, die schon vor ihrer Dienstzeit erfahren haben, was ihnen Partei und Gewerkschaft waren, wissen ja, was sie von solchen Reden zu halten haben. Sie schweigen und denken sich desto mehr. Sie wissen, wie die „Irene aber gerechte“ Behandlung während der 2 Jahre war, und sie wissen, daß man ihnen mit dem Eintritt in die Militärvereine zumutet, sich in d h l i c h e n B e r a t u n g e n an ihren Arbeitsbrüder, an ihren Eltern und Geschwistern; daß sie sich damit an dem Fortschritt der ganzen Menschheit verdingen würden.

Denn die Militärvereine verhindern ihre Mitglieder, die Staatsbürgerrechte nach freiem Ermessen, nach bester Überzeugung auszuüben. Zu diesem Zwecke haben sie ein System unüblicher Gesinnungs-schulung eingerichtet. Wer nicht mit der jeweiligen Regierung durch dick und dünn geht, der ist kein „Patriot“. Die Militärvereine hindern die Arbeiter, ihre Lage zu verbessern. Kein Mitglied darf einer ernsthaften Gewerkschaft angehören. Da aber die Unternehmer freiwillig weder die Löhne erhöhen noch die Arbeitszeit verkürzen, so ver-

wagen die Militärvereine das Elend und die Not der Arbeiter.

Das kann kein ehrlicher Arbeiter wollen. Er hat seiner Pflicht zwangemäßig in der Kaserne genügt, jetzt aber wird er die Kameradschaft fortsetzen in Freiheit, selbstgewählten Wirken mit seinen Arbeitsgenossen, für gute Besetze, für Freiheit, für ein besseres Stück Brot. Dazu ist er um so mehr verpflichtet, weil er bald nicht nur für sich, sondern auch für eine Familie zu sorgen hat. Von Sedanfeiern und patriotischen Ansprüchen uniformierter Unternehmer werden aber Frau und Kinder nicht satt.

Notwendiger als je zuvor ist der Zusammenschluß der Arbeiter in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Das Unternehmertum erschwert den Aufstieg der Arbeiter durch „gelbe Arbeitervereine“, die das schimpflichste Verbrechen, das der Arbeiter kennt, den Streikbruch, organisieren. Die Grenze zwischen den Militärvereinen und diesen Streikbrechern, diesen Verräterkolonnen ist aber nur scheinbar, und wer erst in diesem Lager ist, wird leicht in das Lager der gelben Deserteure gedrängt. Dazu muß sich jeder Arbeiter für zu gut halten. Sein Platz ist nicht in dem Südborderlandsturm der Regierung und des Unternehmertums, sondern als Freiwilliger in der aktiven Armee der Freiheit, in der sozialdemokratischen Partei, in den freien Gewerkschaften. Ein herzlich willkommen ist ihnen hier gewiß!

**Sekretär Dr. Gold** ist gestern in einer Heilanstalt in der Nähe von Hannover gestorben. Dr. Gold war am 3. Januar 1906 in sein Amt eingeführt. In der zweiten Hälfte von 1907 machte sich bei ihm ein unheilbares Leiden bemerkbar, das die Unterbringung des Kranken in einer Anstalt erforderlich machte. Dr. Gold war am 18. Juli 1862 in Rendsburg geboren.

**Umwechslung von Eintalerstücken.** Zur Vermeidung von Verlusten infolge Fristverfallens wird darauf aufmerksam gemacht, daß Eintalerstücke deutschen Gepräges nur noch bis zum 30. September 1908 zu dem Wertverhältnisse von 3 Mk. bei den Reichs- und Landesstellen in Zahlung oder zur Umwechslung angenommen werden.

**Den Offenbarungseid** leisteten im Monat August 13 Personen, darunter eine Frau.

**Frei-Badanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 18. Septbr., morg. 6 Uhr: Wasser 13, Luft 13 1/2; 10 Uhr: Wasser 13 1/2, Luft 13; mittags 12 Uhr: Wasser 14, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 15, Luft 16 Grad Celsius.

**Sauja-Theater.** Die Posse „2 zu 15“, die mit so riesigem Beifall aufgenommen wurde, wird morgen Sonntag zum letzten Male gegeben. Nachmittags 4 Uhr findet zu kleinen Preisen große Fremdenvorstellung statt, und zwar gelangt zum letzten Male die Posse „Eine Spritztour nach Berlin“ zur Aufführung. Montag gelangt zur einmaligen Aufführung „Sie will Einen“.

**Fürstentum Lübeck.** Bei den Landtagswahlen in Malente-Gremsmühlen erhielt die bürgerliche Liste 106—108 Stimmen, während auf die Liste unserer Parteigenossen 74—75 Stimmen entfielen. — In der Gemeinde Neukirchen war die Wahlbeteiligung eine sehr geringe. Von 175 Wahlberechtigten übten nur 46 ihr Wahlrecht aus. Der Mischnach erhielt 42, die Sozialdemokraten 4 Stimmen. — Mit großer Mehrheit wurden gestern die von der Sozialdemokratie in Stoelksdorf aufgestellten Wahlmänner gewählt. — In Schwartau wurden für die bürgerliche Liste 146, für die Liste unserer Genossen 113 Stimmen abgegeben. Wir sind demnach unterlegen.

**Schwartau.** Schöffengericht. Angeklagt war der Mieter Neßlen aus Renfeld wegen Beleidigung des Schlossermeisters Hillewerth aus Schwartau. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am 11. April d. J. fanden Arbeiter, die morgens 5 Uhr zur Arbeit gingen, am Markt in Schwartau ein Mädchen von ungefähr 7—8 Jahren. Die Kleine war nur leicht bekleidet, Kleider und Schuhe waren offen. Es stellte sich heraus, daß es die Tochter des Schlossermeisters Hillewerth war, die aus Furcht vor Strafe wegen eines schlechten Schulzeugnisses aus dem Hause gelaufen war. H. wurde geweckt und ließ das Kind, welches die ganze Nacht draußen frieren mußte, hereinholen. Dieser Sachverhalt wurde in der Nummer 90 des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht mit der Bemerkung, daß das Verhalten der Eltern von wenig Elternliebe zeuge. Dadurch fühlte sich H. beleidigt und wollte nach einer Veröffentlichung im Amtsblatt gegen den „Volksboten“ den Klagenweg betreten. Er beklagte sich aber eines andern und stellte gegen den Mieter N., der den Vorfall der Redaktion mitgeteilt hatte, Anzeige wegen Beleidigung. N. hatte übrigens auch Anzeige von dem Vorfall bei der zuständigen Behörde gemacht. Die Zeugenvernehmung ergab die Wahrheit des Berichtes. Nach längerer Beratung wurde das Urteil verkündet. Der Angeklagte ist von Strafe und Kosten freizusprechen, die Kosten hat der Kläger zu tragen. Der Artikel trage den Ausdruck sittlicher Entrüstung in sich, und hat der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Darüber war sich das Gericht einig; längerer Beratung bedurfte die Frage, ob es nötig war, daß der Angeklagte den Sachverhalt in einem öffentlichen Blatte weiten Kreisen zur Kenntnis brachte. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, da der Sachverhalt sich öffentlich abgespielt habe, muß auch dem Angeklagten das Recht zustehen, den Artikel zu veröffentlichen.

**Cutin.** Der Gemeinderat verhandelte Donnerstag über das vom Ingenieur Ritter-Berlin ausgearbeitete Projekt einer Wasserwerksanlage für Cutin. Das für die Errichtung gewählte Terrain am sog. Diebsteig wird als ein günstiges mit reichlichen Wasserzuflüssen bezeichnet. Die Errichtungskosten sind auf insgesamt 231 800 Mark veranschlagt. Der Plan wurde mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen.

**Neuende.** Die Landtagswahl ging unter lebhafter Beteiligung vor sich. Von 645 Wahlberechtigten vereinigten sich 248 auf die sozialdemokratische Kandidatenliste, während die bürgerliche Liste nur 150 Stimmen erhielt. Die Bürgerlichen machten die größten Anstrengungen, um die „ländliche Gemeinde“ aus den Händen der Sozialdemokratie zu ringen. Es ist nicht gelungen.

**Offenburg.** Landtagswahl. Von den gewählten Wahlmännern zum obden Landtage sind 5 Bürgerliche und 16 Sozialdemokraten gewählt. Die Bürgerlichen hatten zwei Listen und ist nur dadurch, daß fünf Personen auf 2 Listen standen, die Wahl von fünf Bürgerlichen möglich gewesen. Für die Sozialdemokraten wurden 894 Stimmen abgegeben.

**Delmenhorst.** Die Wahlschlacht ist geschlagen. Für die sozialdemokratische Wahlmännerliste wurden abgegeben 757 Stimmen. Gestrichen waren davon nur drei Namen. Für die erste bürgerliche Liste wurden abgegeben 281 bis 283 Stimmen. Für die zweite bürgerliche Liste 622 bis 627 Stimmen. Gewählt sind 38 Wahlmänner der sozialdemokratischen Wahlmännerliste und zwei von den bürgerlichen Listen, die auf beiden bürgerlichen Listen standen. Gewählt haben ca. 76 Proz. der Wahlberechtigten.

**Neumünster.** Zur Lohnbewegung der Lederarbeiter. Der Streit bei der Firma H. G. Schmidt ist aufgehoben. Die Sperrung bleibt über den Betrieb so lange bestehen, bis die dort beschäftigt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlich wieder untergebracht sind.

**Hofstorf.** Der außerordentliche Landtag tritt nach ministerieller Bekanntmachung am Montag, den 12. Oktober, wieder zusammen. Bekanntlich will die Regierung mit dem Guttsbesitzerparlament zusammen den „Erbvergleich“ reformieren. Ein Monstrum liegt den sogenannten Volksvertretern vor. Ob die Regierung sich noch immer unverwandelt zu ihrem Kinde bekennt, weiß man freilich nicht. Die „Ritter“ sind anderer Hoffnung. Sie denken noch garnicht daran, das ministerielle Kindchen zu adoptieren. Das Volk aber hat ja bei dieser seine materiellen und ideellen Interessen so eng berührenden Frage keine eigenen Vertreter! Es hat einfach abzuwarten, was ihm beschert wird! Das öffentliche Votum des werktätigen Volkes aber hat man nicht hindern können. Und das geht dahin: Auf eine „Reform“, wie sie die Regierung will, preißt das Volk. Für Flickreformen, die die alten Zustände ja nur verewigen, ist das Volk nicht zu haben!

**Bremen.** Zur „Wahlrechtsreform“ schreibt die „Bremer Bürgerzeitung“: „Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus! Die nahe bevorstehenden Bürgerwahlen haben in der letzten Sitzung der Bürgerchaft den Liberalen Anlaß gegeben, bei der Beratung des Antrages „Wahlen zur Bürgerchaft“ eine Anzahl ihrer Vertreter als warnherzige Freunde der Armen ins Treffen zu schicken. Die Wahldeputation hatte den Antrag, eine gelindere Auslegung des Gesetzes für diejenigen Bürger herbeizuführen, die infolge besonderer Notfälle die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen müssen, abgelehnt. Mit dem Hinweis, daß im Reiche eine Änderung in dieser Beziehung bevorstehe, hat die Deputation jegliche Verbesserung der Bestimmungen bei den Wahlen zur Bürgerchaft abgetan. Da die Wirkung dieses ablehnenden Standpunktes den Liberalen in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen gefährlich erschien, so sprachen auch sie von den „Härten“, die von den Unterstützungsempfängern schwer empfunden würden. Genosse Amwolde führte den bremischen Liberalen vor Augen, wie Bremen, das sonst so hilfsbereit sei, wenn irgendwo ein Unglück passiere, im eigenen Hause den in Not geratenen Mitbürgern ihr Unglück durch Entziehung des wichtigsten Rechts, des Wahlrechts, entgelten lasse. Genosse Rhein sagte die Herren derb an, den rückständigen, reaktionären und harten Standpunkt der Wahldeputation gebührend beleuchtend, die mit einseitigen Ausreden die in Not geratenen Bürger abspießen wolle. Der Präsident unterbrach den Genossen zweimal und rügte „den Ton“ seiner Rede. Die Schärfe war aber vollkommen berechtigt, denn die sozialdemokratischen Vertreter haben schon zu wiederholten Malen versucht, die rigorosen Bestimmungen und Auslegungen des bremischen Wahlgesetzes zu ändern, sie wurden aber jedesmal von den Liberalen niedergestimmt und verhöhnt. Was selbst in reaktionären Sätzen möglich, nämlich zurückgezogene Armenunterstützungen nicht als einen Anlaß zur Wahlrechtsentziehung zu benutzen, ist natürlich im Liberalen, aufgeklärten und fortgeschrittenen Staat Bremen nicht möglich. Sehr fraglich ist es, ob mit der Annahme des Antrages Garves für die Wahlen im November dieses Jahres etwas erreicht ist. Der Senat und die Privilegierten werden mit ihrer bekannten Verschleppungspolitik sehr so lange „erwägen und beraten“, bis die Wahlen vorbei sind. Die Hauptsache bleibt, daß das Wahlmanöver gelingt. Hoffentlich gelingt es nicht.“

**Oldenburg.** Im Fürstentum Birkenfeld siegte bei den Landtagswahlen in Oberstein die sozialdemokratische Liste. Unsere Parteigenossen erhielten 270, die Gegner 187 Stimmen.

### Letzte Nachrichten.

**Düsseldorf, 18. September.** Auf dem Graf Adolf-Platz in Düsseldorf explodierte Donnerstag nachmittag der Benzinmotor im Automobils des Geheimrats Ehrhardt. Ein schweres Eisenstück traf das mit seiner Mutter vorbeikommende dreijährige Töchterchen des Polizeiergeanten Schmidt. Der Kopf wurde zerschmettert. Das Kind war sofort tot.

**Brüssel, 18. September.** Im Vorort Ganzhorn bei Plateau Rüsselberg fanden abends spielende Kinder eine Dynamit-Bombe, die explodierte. Vier Kinder wurden schwer verletzt, zwei von ihnen werden kaum am Leben erhalten werden können.

**Washington, 18. September.** Drville Wrights Aeroplan vernichtet. Bei einem Ausflug, den Drville Wright mit Leutnant Selfridge vom Signalfors der Bundesarmee unternahm und auf welchem er die Flugschnelligkeit erhöhen wollte, brach bei der vierten Umdrehung des Gierzerplatzes von Fort Myers der linke Schraubenflügel des Aeroplans. Der rechte Schraubenflügel arbeitete weiter. Infolgedessen kippte der Aeroplan um, wobei beide Insassen hinausgeworfen wurden. Wright erhielt schwere Verletzungen an Armen und Hüften und vermutlich auch innerliche Verletzungen, während sich Selfridge den Kopf verletzte. Der Aeroplan wurde völlig zerstört. Die Verwundeten wurden nach dem Hospital des Forts Myers gebracht. Selfridge ist an seinen Verletzungen gestorben.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

#### Wie die Barbiergehäste im Allgemeinen Krankenhaus gehandhabt werden!

Während es doch sonst strenge Vorschrift ist, die hygienischen Geseze zu befolgen, scheint der Barbier es nicht für nötig zu halten, das zu tun. Das ergibt sich aus folgendem: 1. Er seilt zu gleicher Zeit zwei Mann ein, ohne sich inzwischen die Hände zu waschen oder die Seifenlösung zu erneuern. Als er hierauf aufmerksam gemacht wurde, gab er folgende Antwort: Die Seife desinfiziert genug. Wenn er sich jedesmal waschen sollte, würde er überhaupt nicht fertig und könne nicht zu seinem Gelde kommen, denn 3 Fig. bekäme er nur pro Mann. (Also wieder eine Submissionsblüte.) Es hätte auch noch niemand ihm so etwas gesagt; wir wären die ersten auf unserer Station. 25 Jahre hätte er hier schon rasiert; unteres Wissen wird aber jedes halbe Jahr die Arbeit von neuem vergeben. Zur Bequemlichkeit des Herrn hatten wir ihm zwei Schüssel mit Lyollösung auf den Tisch gestellt, obgleich dort ein Waschbecken mit Zu- und Abflußleitung vorhanden ist. 2. Der Barbier hatte ein Stuhl mit etwa einem halben Duzend Messern. Bei leichtem Bartwuchs wechselte er dieselben nicht. Nach Gebrauch wirfte er dieselben in einem Lappen ab, steckte sie ins Stuhl

und begann dann wieder die Messer von vorne zu gebrauchen, ohne daß sie desinfiziert wurden. Es sind nämlich auch ansteckende Krankheiten darunter, welche im Gesicht ausgebrochen sind. Nachdem er sieben Mann rasiert, ging er sofort — ohne sich die Hände zu waschen — nach einer anderen Station. Wir hatten ihn zweimal aufgefordert, sich zu waschen. Unseres Erachtens ist es gerade im Krankenhaus sehr notwendig, daß auch beim Rasieren der Kranken alle sanitären Vorsichtsmaßregeln peinlichst beachtet werden. Daß das in Zukunft geschieht, dazu mögen diese Zeilen beitragen.

Mehrere Krankenhauspatienten.

### Handels- und Marktnachrichten.

#### Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 17. Septbr.

1. Qualität . . . . .	122—125 Mk.
2. „ „ „ „ „	110—112 „
Ferner:	
Fehlerhafte und älter: Bauernbutter . . . . .	105—106
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter . . . . .	—
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt . . . . .	114—118 „
do. „ „ „ „ „	110—112 „
Galizische und ähnliche . . . . .	—
Finnländische Sommerbutter, verzollt . . . . .	—
Amerikanische . . . . .	—

#### Sternschau-Viehmarkt

18. September.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 3353 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 64 Mk., leichte 63—64 Mk., Sauen 56—60 Mk., Ferkel 59—62 Mk. pro 100 Pfund.

### Literarisches.

**Von der „Neuen Zeit“** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 51. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Friedenskundgebung. — Leo Tolstoi. Von N. Trostky. — Zur Frage des Frauenwahlrechts in England. Von J. Sacke (London). — Die englische Sozialdemokratie und die Frauenwahlrechtsbewegung. Von S. Lueck (London). — Wirtschaftliche Rundschau. Von J. Karst. — Notizen: Zur Lage der russischen Arbeiter am Vorabend der Revolution. Von N. N. — Zeitschriftenchau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3 1/2 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Fig. Probennummern stehen zur Verfügung.

Von „**Zu freien Stunden**“ der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinenden Romanbibliothek liegen uns die Hefte 36 und 37 vor. Außer dem Hauptroman „Der Haiduck“ von Bucura Dumbrava findet die spannende Kriminalgeschichte „Fräulein Holladay“ allgemeinen Beifall. Jede Woche erscheint ein Heft für 10 Fig., das jeder Zeitungsausleger und Kolporteur liefert. Probennummern vom Verlag gratis.

Die „**Kommunale Praxis**“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, hat zu Ehren des Parteitages in Nürnberg eine Doppelnummer herausgegeben, die unter der Parole „Praktische Arbeit“ ein Spiegelbild dessen gibt, was in den einzelnen Gegenden Deutschlands auf dem Gebiete der Kommunalpolitik am dringendsten not tut. Jeder Genosse, der sich mit Kommunalpolitik beschäftigt, muß die „Kommunale Praxis“ lesen. Preis vierteljährlich 3 Mk. Zu beziehen durch alle Postanstalten.

**Lohn, Preis und Profit.** Vortrag, gehalten im Generalrat der Internationale am 26. Juni 1885 von Karl W. A. r. g. überlegt von Ed. Bernstein. Frankfurt a. M., 1908. Verlag Buchhandlung Volksstimme, Maier u. Co., 48 Seiten. — Im Verkauf der volkswirtschaftlichen Kurse, welche die freiaufreuter Parteigenossenschaft während des letzten Winters veranstaltete, stellte sich heraus, daß eine Hauptarbeit von Marx den Arbeitern noch nicht genügend zugänglich gemacht worden ist. Es handelt sich um den Vortrag über volkswirtschaftliche Grundbegriffe, den Marx 1865 vor Mitgliedern der jungen Internationale in London hielt und durch den er sie von den ihnen noch anhaftenden Resten bürgerlicher Anschauungsweise mit Bezug auf Lohn, Preis und Profit in beständiger Diskussion mit gegnerischen Einwänden in 14 Abschnitten zu befreien suchte. Der Vortrag hat außerdem den großen Vorzug, auf alle die gewerkschaftlichen Fragen einzugehen, die als Probleme der Lohn- und Preispolitik mehr als je auch die deutschen Gewerkschaftsorganisationen beschäftigen. Unser Frankfurter Parteiverlag hat die Abhandlung nach der Bernsteinischen Übersetzung im Jahrgang 1897/98 der „Neuen Zeit“ zum erstenmal als Broschüre in gediegener Druckausstattung zu ganz billigen Preisen herausgegeben und damit eine Lücke in unserer Agitationsliteratur, sowie in den Buchausgaben der Marx'schen Schriften ausgefüllt. Die Ausgabe eignet sich ganz besonders als Grundlage für volkswirtschaftliche Bildungskurse und zur Verteilung an die Teilnehmer solcher Veranstaltungen.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben **Gustav Adolf**, ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter von Franz Mehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort. Die erste Auflage dieser Schrift erschien vor zirka 14 Jahren, als der dreihundertste Geburtstag des schwedischen Königs Gustav Adolf die deutschen Nordseepatrioten zu feurigen Hymnen begeisterte und dieser Vermittler deutscher Kultur als der „Befreier Deutschlands“ gefeiert wurde. Seit längerer Zeit war die Schrift vergriffen; die vielfache Nachfrage veranlaßte diese zweite Ausgabe. Im Vorwort zu dieser entgegnet der Verfasser einigen Kritikern seiner Schrift. Es ist ein Kapitel aus der Geschichte des dreißigjährigen Krieges, das Mehring an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung entwickelt, jener schauerlichen Episode des deutschen Volkes, an der mehr als dreiviertel der Bevölkerung zugrunde gegangen sind und die Deutschland um zwei Jahrhunderte in seiner Entwicklung zurückgeworfen hat. Aus jener Zeit zu lernen ist auch den heutigen Arbeitern zu empfehlen. Preis 1 Mk. Volksausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig. Verleger: L. H. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

# Zur bevorstehenden Herbst-Saison

ist mein grosses Lager wieder mit allen Neuheiten ausgestattet und bietet die Abteilung

## Kinder-, Damen- u. Herren-Stiefel

eine reiche Fülle in vornehmen, hocheleganten Formen in vollendet schöner Ausführung.

Meine besondere Aufmerksamkeit habe ich bei meinem letzten Einkauf den Preislagen

8<sup>75</sup> Mk. 10<sup>75</sup> Mk. 12<sup>75</sup> Mk. 14<sup>75</sup> Mk. 16<sup>75</sup> Mk. 18<sup>50</sup> Mk.

gewidmet, und führe ich hierin eine überwältigende Formen-Auswahl nur bestrenommiertester, erstklassiger Fabrikate.

Reichhaltige Auswahl in Kinderstiefeln vom einfachsten bis elegantesten Genre :: in breiten bequemen Passformen ::

**Knaben-Stiefel**, Form „Natura“, nach System Professor Hoffa.

Fernsprecher  
1409.

# Schuhwarenhaus Auguste Popp

Breitestrasse  
7.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiter-Sundschaft verkaufe.  
G. Greutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.

## Gebrüder Barg

5 Kohlmarkt 5

empfehlen:  
**Bettfedern und Daunen**  
in nur tadelloser Ware.  
Großes Lager in fertig genähten  
**Bett-Inletts**  
sodass das Füllen von Betten stets  
gleich erfolgen kann. Ferner: sämtl.  
**Aussteuer-Artikel**  
in bekannt großer Auswahl.  
Rabattmarken oder 4 pCt. in bar.

## Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.  
**L. S. Baruch**, Uhren- und Goldschmiedgeschäft, Sandstr. 25.

**Adolf Hübner**, Uhrmacher u. Goldschmied, Sandstr. 13.



### Billige böhmische Bettfedern!

10 Pfd.: neue geschlossene Mk. 8.—, bessere Mk. 10.—, weisse daunenweiche geschlossene Mk. 15.—, Mk. 20.—, schneeweisse daunenweiche geschlossene Mk. 25.—, Mk. 30.—. Versand franko, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme gegen Portovergütung gestattet.  
**Benedikt Sachsel, Lobes 140,**  
bei Pilsen, Böhmen.

Jeder Wiederverkäufer mache einen Versuch mit den Fabrikaten der 1925 gegr. Nähfabrik von **H. L. Wiegels** vorm. **J. C. Bunge**, deren Spezialitäten konf. Sonntags- und Wäsche- und großer Beliebtheit zum Einmachen erfreuen.  
Außerdem betreibt diese Firma ebenfalls **Fischergrube 61** eine **Fringsgroßhandlung** und **Warenverkauf** und bietet sie alle Wiederverkäufer, einen Versuch mit ihren vorzüglichen **Matjes- und Salzheringen** sowie **Korngut, Widmar, Delikatessen** und **jaures Gerings** zu machen. Die Fertigung jederzeit gestattet und kein Kaufzwang. Die Preise sind außerst billig gestellt, daher überzeuge sich jeder Wiederverkäufer selbst.

Hiermit empfehle ich meine

## mechanische Schuhreparatur-Werkstatt „Zukunft“

mit elektrischem Betrieb.

7 Fünfhausen 7. Inh.: **J. Kalkhorst.**

Die Reparaturwerkstatt steht unter der fachmännischen Leitung des langjährigen Werkführers der hiesigen sowie der Bremer Reparaturwerkstatt der Firma Hugo Gaendler, wodurch ich für haltbare und saubere Arbeit bei billigen Preisen garantiere.  
Von heute an jede 50. Reparatur gratis.

## Wer ist Demokrat?

Die bürgerliche Demokratie tritt ein für die Gleichberechtigung aller Bürger; sie verlangt die Zulassung aller Befähigten zu den Staatsämtern ohne Rücksicht auf Abstammung und Religion. Sie will die Trennung der Kirche vom Staat und Befreiung der Schule von kirchlicher Aufsicht. Sie fordert die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen, unbeschränkte Selbstverwaltung in den Kommunen, die allgemeine Volksschule und eine sozial-fortschrittliche Kommunalpolitik. Die Demokratie erstrebt die Abschaffung aller Zölle auf notwendige Lebensmittel, Rechtspflege ohne Ansehen der Person und volle Koalitionsfreiheit für alle Arbeitnehmer. Sie fordert eine wahrhaft konstitutionelle Regierung, weitgehende Einwirkung des Parlaments auf die auswärtige Politik und unbeschränkte Freiheit für Wissenschaft und Kunst. Keinem Bürger, keinem Beamten dürfen aus seiner politischen Betätigung Nachteile erwachsen. Die Demokratie tritt ein für die Rechte der Frauen. Kurzum: Die Demokratie ist die Gerechtigkeit! Die Demokratie ist die Freiheit! Wer diesen Anschauungen zustimmt, lese nur die

zweimal täglich erscheinende

## Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt

**80 Pfennig monatlich**

bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches

Expedition der Berliner Volks-Zeitung

\*\*\* Berlin SW. 19, Jerusalemer Strasse 46-49 \*\*\*

## Carl Folkers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Teilzahlung gestattet.

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Marken.

## Willy Koch,

Fahntechniker,

Lubeck, Holstenstr. 21.

## Zahn-Atelier

### Karl Seeler

Breitestr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)



St. Lorenz erstes u. ältestes

Motor-

und Fahrradhaus

**H. Benthien**

Fackenburger Allee 53.

Grösste Reparaturwerkstatt.

Eigene Vernicklungs- und Emailier-Anstalt.

Vertreter der **Claes Pfell** und **Naumanns Germania-Fahrräder.**

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 220.

Sonnabend, den 19. September 1908.

15. Jahrg.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Gleichenbericht des „Lübecker Volksbote.“

C. B. Nürnberg, den 18. September 1908.  
(Fünfter Tag, Vormittags-Sitzung.)

Singer eröffnet die Sitzung. Die Diskussion über die Budgetfrage wird fortgesetzt.

Reil-Stuttgart: Auf die Massen werden unsere Debatten deprimierend wirken und die Gegner reiben sich die Hände. Diese langen Debatten über eine taktische Einzelfrage wären undenkbar, wenn nicht bei jeder Debatte in der deutschen Sozialdemokratie neben der speziellen Streitfrage noch andere Nebenwecke verfolgt würden. (Sehr wahr!) Ich gehöre weder der einen noch der anderen Richtung an und ich bin der Meinung, daß ungläubliche Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sind. Man hat in den norddeutschen Parteiblättern die Streitfrage übertrieben und die süddeutschen Blätter glaubten es ihnen nachmachen zu müssen. Jetzt sollten wir begangene Fehler gut machen und nicht neue Fehler machen. Der erste Fehler ist im Süden gemacht worden, indem man der Budgetbewilligung eine Begründung gab, die logisch auf eine dauernde Bewilligung hinausläuft. Das sage ich als süddeutscher Landtagsabgeordneter. (Hört, hört!) Nach meiner Ansicht kann man als Budgetverweigerer ebenso gut praktische Politik treiben, wie man als Budgetbewilliger negative Politik treiben kann. (Sehr wahr!) Die Budgetabstimmung ist für mich ein wichtiges parlamentarisches Kampfmittel des Tages, mit dem wir uns nicht blindlings binden dürfen. Wir müssen differenzieren lernen. Wir werden ja nach Lage der politischen Verhältnisse nicht oft dazu kommen, das Budget zu bewilligen. Aber die Möglichkeit dazu müssen wir haben. (Sehr wahr!) Deshalb gibt es keinen anderen Ausweg als den Antrag Frohme. Die Vorstandsresolution würde uns in unserem praktischen Wirken ungeheuren Schaden zufügen. Glauben Sie mir das als einem Genossen, der keinerlei Nebenwecke verfolgt. Nur mit dem Antrag Frohme bekommen Sie Frieden in der Partei. Die Vorstandsresolution wird gewiß nicht die Spaltung bringen, aber den Frieden auch nicht. Wenn Sie den Antrag Frohme aber annehmen, dann haben wir die letzte Budgetdebatte gehabt. (Beifall.)

Franz Biegl-Hamburg: Die große Mehrheit der Hamburger Delegierten wird für den Antrag des Parteivorstandes stimmen. (Beifall.) Wir tun das, weil wir die Einheit und Geschlossenheit der Partei für unumgänglich notwendig halten. Diese Einheit aber muß basieren auf der Einheit der theoretischen Erkenntnis und muß zum Ausdruck kommen in der Einheitlichkeit der Aktion. (Zustimmung.) Diese Einheitlichkeit der Aktion aber haben unsere süddeutschen Genossen gestört und zwar nicht nur die im Deutschen Reich im allgemeinen, sondern auch in Süddeutschland im besonderen. Die badischen Genossen beklagen sich, daß wir ihnen die Landtagswahlagitatorien erschwert hätten. Wer ist aber schuld daran? Heymann hat von einer Einheitlichkeit der Knechtschaft gesprochen. Aber Parteimitglied wird nur, wer die Parteigrundsätze anerkennt und er ordnet sich dann in freigewählter Disziplin unter. Das ist keine Knechtschaft. (Sehr wahr!) Die herrschenden Klassen werden uns niemals etwas gewähren, was wir ihnen nicht in zäher, praktischer Arbeit abringen. Deshalb stand bei den Gemeinderatswahlen Elsaß-Lothringens die ganze Ordnungstuppe zusammen? Weil unsere Genossen praktische Arbeit geleistet hatten. Von den Herrschenden trennt uns eine Kluft. Es gibt nur ein Hüben und Dröhnen. Diese Lehre vom Klassenkampf müssen wir zur Grundlage unserer Diskussion machen und nicht die Erzählungen von Gebärdenpähern und Geschichtsträgern. (Beifall.)

Ein Schlußantrag Müller-Köln wird angenommen.

Gbert (Schlußwort): Parteivorstand und Kontrollkommission find gestern abend nochmals zusammengetreten und haben die Situation besprochen. Nach Lage der Dinge und

nachdem gestern geradezu systematisch auf die Zuspitzung der Gegensätze hingearbeitet worden ist, konnten wir umwollig unseren Standpunkt verlassen. (Beifall.) Wir haben deshalb einmütig beschlossen, auf unserem Beschluß zu beharren. (Lebhafter Beifall.) Alle Redner haben anerkennen müssen, daß Bebel die Auffassung der Parteileitung in ruhiger und sachlicher Weise vertreten hat. Ich hätte gewünscht, Timm, Frank und Hildenbrand hätten sich Bebel zum Muster genommen. (Sehr wahr!) Aber sie haben geradezu gewetteifert in Heftigkeit und Leidenschaft und haben sich in der skrupellosen Wahl der Kampfmittel überboten. (Zustimmung, Unruhe.) Man war geradezu systematisch bestrebt, den eigentlichen Streitpunkt zu verschieben und die Sache so darzustellen, als ob der Parteivorstand mit der Tätigkeit unserer süddeutschen Genossen in den Landtagen nicht einverstanden sei. Es gibt in der Parteileitung nicht einen und es gibt wohl auch hier nicht einen Genossen, der die parlamentarische Arbeit unserer Genossen im Süden nicht voll anerkennt. (Beifall.) Wir bemängeln lediglich die Zustimmung zum Budget. Ich frage Sie, sind wir im Parteivorstand nicht genau so vorgegangen, wie es Timm von uns verlangt hat? Wir haben uns nicht an Ohrenbläser und unverantwortliche Ratgeber gewandt, sondern an die zuständige Instanz, die badische Landesorganisation. Man hatte aber offenbar nicht den Mut offen zu bekennen, daß sie gewillt seien, für das Budget zu stimmen. Sie hätten ja von uns verlangen können, daß wir die Sache vertraulich behandeln sollen, aber unter allen Umständen mußte er uns Auskunft geben. (Sehr wahr.) Wo blieb da das Vertrauen in der Partei, an das Timm appellierte. (Sehr richtig!) Parteibeistände sind bindend für alle Parteigenossen. Hier handelt es sich um einen jahrelang durchgeführten Beschluß. Die Vorbedingung unserer Erfolge ist die Einheitlichkeit unserer Grundsätze und Aktionen, ohne welche wir zur Desorganisation kommen. Wenn man mit solchen Redewendungen wie die von Herrichern und Herrschichten kommt, erweckt man den Verdacht der Stimmungsmache, den Eindruck, als ob man die Genossen habe aufputzen wollen. Man hat sich über das Telegramm an den Landesvorstand aufgehalten. Ich wundere mich über diese Empfindlichkeit meiner badischen Landesleute. Ich erinnere mich, daß man einst von den „rauhbeinigen Badenern“ gesprochen hat. (Weiterkeit.) Man hat bedauert, daß Ignaz Auer nicht noch lebt. Das bedauere ich gewiß auch, aber die Genossen können versichert sein, daß dann das Telegramm noch ganz anders lauten würde. (Sehr richtig!) Genosse Frank hat den Parteivorstand als den Gefangenen der Berliner bezeichnet. (Sehr richtig!) Er hat von unverantwortlichen Ratgebern gesprochen. (Sehr gut!) Das alles ist leeres Gerede, Tratsch und Klatsch, der in Süddeutschland verbreitet worden ist. (Auf: Das Gegenteil ist wahr!) Ich erinnere daran, daß in einer großen Anzahl Berliner Verammlungen den Parteifunktionären vorgeworfen wurde, daß sie das Werkzeug des Parteivorstandes seien. (Hört! Hört!) In der Parteidebatte wurde der Parteivorstand als Gefangener der Gewerkschaften bezeichnet. So verfuhr man Stimmungsmacherei. (Sehr wahr!) Damit will man Stimmung machen gegen den „Berliner“ Parteivorstand, man appellierte an die niedrigsten Instanzen, an den blödesten Partikularismus. (Sturm, Beifall und Widerspruch.) Der Parteivorstand wird jede Einmischung, und möge sie kommen, von welcher Seite sie wolle, stets mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit zurückweisen. (Beifall.) Die drei Redner Timm, Frank, Hildenbrand haben es so dargestellt, als ob die Budgetfrage für die Partei eine offene sei. Das ist nicht wahr, der Lübecker Parteitag hat die Entscheidung getroffen. Genosse Bebel gab damals eine Interpretation, die die Zustimmung fast aller anwesenden Landtagsabgeordneten fand. (David: Das bestreite ich.) Nach dem Fall Schwäufel, nach dem Austritt des Ministers v. Hobman durften die badischen Genossen dieser Regierung nicht ihr Vertrauen entgegenbringen. Wenn die badische Landesorganisation nur einen Teil des Mißtrauens, das sie ihrem Parteivorstand beweisen, der badischen Regierung gegenüber gehabt hätte, würde sie unter keinen Umständen zu ihrer Abstimmung gekommen sein. (Auf Gotha!) Darauf komme ich noch, Genosse David! Die Gegner könnten in derselben demagogischen Weise auch die Ableh-

nung des Reichstagsbudgets bekämpfen. (Sehr richtig!) Wenn wir erst auf die Gegner Rücksicht zu nehmen beginnen, dann kommen wir auf die schlechte Bahn. (Zustimmung.) Auf den Genossen Viktor Adler können sich die Süddeutschen nicht berufen, denn er meint, daß sich die süddeutschen Genossen mit der Budgetbewilligung vielleicht geschädigt haben. (Hört, hört! Widerspruch.) Die Resolution soll durchaus kein Mißtrauensvotum sein. Aber über die Entscheidung dürfen wir nicht hinweggehen. Nach den wochenlangen Debatten würden die Parteigenossen nicht verstehen, wenn der Parteitag über eine Entscheidung hinweggehen würde. (Sehr wahr!) In der Konferenz habe ich das auch den Genossen gesagt und das hat mir von dem Genossen Segig die Bezeichnung Scharfmacher zugetragen (Hört, hört!), trotzdem Genosse Segig selbst zugestanden hatte, daß die Resolution kein Mißtrauensvotum enthalte. Wir haben die mildeste Form schon gewählt. (Widerspruch.) Wir sind aber auch bereit, dem Amendement Schüh zu zustimmen: „Die Bewilligung des Budgets in den verschiedenen Landtagen ist unvereinbar mit der Lübecker Resolution.“ (Dr. David: Gotha! Gotha!) Damit scheidet der Gothaer Fall aus und ich brauche diese Angelegenheit nicht zu behandeln. Am meisten angefochten ist der Absatz 2 der Resolution. Wir bestreiten, daß er eine Verschärfung enthält. (Auf: Es ist aber so!) Auch jetzt werden Ausnahmefälle zugelassen, um für das Budget zu stimmen. (Dr. David: Dann stimmen Sie doch für Frohme!), wir wollen aber Klarheit haben, verhindern, daß in künftigen Fällen eine unrichtige, falsche Auslegung stattfinden kann. Unsere Vorschläge sind praktisch durchführbar und die süddeutschen Genossen könnten sich sehr gut auf den Boden der Resolution stellen. (Lebh. Zustimmung.) Bezüglich der Verhandlungen mit den süddeutschen Parteigenossen besteht kein Widerspruch zwischen Bebel und den anderen Parteivorstandsmitgliedern. Im Verlaufe dieser Verhandlungen erklärten die süddeutschen Genossen rundweg, sie stehen nach wie vor auf dem Boden des Lübecker Beschlusses, aber einer Auslegung die ihr ihm gebräut, stimmten wir nicht zu. Am Schluß der Verhandlung allerdings hatte Segig, als wir gingen und einsehen, daß wir nicht zusammenkommen könnten, einen Vorschlag gemacht. Er hat erklärt: Wir sind bereit, die Vorstandsresolution hinzunehmen, wenn im entscheidenden Absatz 2 eine Änderung vorgenommen wird, wenn in diesem Satze bestimmt wird, daß in der Regel das Budget abgelehnt werden soll. Aber die Ausnahmen, wann dem Budget zugestimmt werden soll, soll überhaupt nicht bestimmt werden. (Lachen.) Das soll Sache der Landesorganisation sein. Das war doch der Vorschlag? Segig bestätigt das mir. Sie werden mir zugeben, daß wir nach Lage der Dinge ganz außerstande waren, diesem Vorschlage von Segig zuzustimmen.

Nun zur Resolution Frohme: Bei aller wohlwollenden Aufnahme dieser Resolution muß ich aber doch fragen: Wie soll dadurch überhaupt eine Verständigung herbeigeführt werden können? Verhehlen wir uns doch nicht, daß die Anschauungen der Parteileitung und die der süddeutschen Genossen über die Auslegung der Lübecker Resolution weit auseinandergehen, und wenn wir das nächste Jahr, wenn die Württemberger zum Budget Stellung nehmen müssen, zusammenfinden, dann werden sich ganz natürlich dieselben Gegensätze zeigen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns nicht einigen, dann ist die alte Geschichte wieder vorhanden, dann ist der Streit von neuem da. (Sehr richtig!) Anders wäre es, wenn diese Resolution festlegte, wer die Entscheidung zu treffen hat. Frohme hat gestern seine Resolution so interpretiert, daß eine Zustimmung zum Budget nur erfolgen könne, wenn keine der hier genannten Parteistrukturen Einspruch erhebt. Das ist eine klipp und klare Sache, worüber sich vielleicht reden ließe. Daß die Resolution Ziele ohne weiteres abzuweisen ist, liegt auf der Hand. Uns ist der Ernst der Situation wohl bewußt. Nichtsbestoweniger wissen wir keinen anderen Ausweg, als die Entscheidung in die Hände des Parteitages zu legen. Möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß jeder Parteigenosse, mag er heißen, wie er will, soviel demokratisches Prinzip im Leibe hat, daß er sich der Entscheidung unterwirft. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind in der Auseinandersetzung heftige Worte gefallen. Man hat von Trennung gesprochen,

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

54. Fortsetzung.)

Manche nehmen dann wohl ihre Kräfte tüchtig zusammen und suchen mit dem nun doch nicht mehr zu ändernden Geschick auch gleichen Schritt zu halten, die meisten aber bleiben gleich beim ersten Anlauf weit zurück, warten und zögern, bis ihre letzten Mittel erschöpft sind, bis sogar ihr Kredit untergraben ist, und versuchen dann mit Kreuz- und Quersprüngen und allen möglichen Manövern und Experimenten das Versäumte auf irgendeinem andern Wege nachzuholen. Daß sie ein solcher dann nicht zum Ziele führt, sehen sie gewöhnlich erst zu spät ein, und was nicht schwimmen kann, muß endlich sinken.

In diese Klasse gehören die meisten Adeligen, Advokaten, junge unbedeutende Kaufleute, Künstler, Schriftsteller zc. zc., und ein unregelmäßiges abenteuerliches Leben, das sie eine Zeit lang führen, dient gewöhnlich nur dazu, ihnen eine Galtgenfreist zu gestatten und sie eine kurze Weile länger über Wasser zu halten.

Herr Oskar von Piel war einer von diesen, und zwar einer der wenigen, die ihre Nachbarschaft länger über sich und ihre Verhältnisse zu täuschen wußten, als das den meisten im gewöhnlichen Lauf der Dinge gelang. Mit einem gewissen vornehmen, ungenierten Wesen und einem, wenn auch sehr unbedeutenden Kapital hatte er seine Laufbahn in Südaustralien begonnen, und durch einige gemonnene Wetten und sonstige ziemlich geheim gehaltene glückliche, wenn auch unbedeutende Spekulationen seine Landsleute wie auch englische Nachbarn insofern zu täuschen gewußt, daß sie glaubten, er habe in der alten Heimat ihm offen stehende Hilfsquellen. Wenn er weiter nichts damit bezweckte, erhielt er sich doch damit immer einen gewissen beschränkten Kredit, und diesen nach allen Richtungen hin auszubenten, war in den letzten Jahren sein Hauptbestreben gewesen. Den Glauben dabei, daß für ihn doch einmal irgendwo ein besonderer Glücksfall aufzutauschen müsse, teilte er mit allen feinesgleichen, da er recht gut wußte, daß er von einem geregelten Gange der Dinge nichts für sich erwarten durfte, und darauf hin lebte er denn auch ziemlich sorglos und unbekümmert in den Tag hinein.

Da er ein ziemlich guter Beurteiler von Pferden war

und eine Menge von Schlichen und Betrügereien kannte, wie sie sich die Hochkammer in ziemlich allen Ländern der Welt erlauben, und das eine „unschuldige List“ nennen, was doch eigentlich nichts weiter ist, als eine ganz gewöhnliche und gemeine Betrügerei, so wußte er dadurch manchen Verlust beim Ankauf von Pferden zu vermeiden und manches mittel-mäßige Tier zu guten Preisen an den Mann zu bringen. Der Pferdehandel lieferte ihm denn auch von Zeit zu Zeit das Geld zu seinen allernötigsten Ausgaben. Nebenbei betrieb er aber auch noch — nach dort zahlreich umherlaufenden Beispielen — Wäflergeschäfte, bei denen er sich besonders im Kornhandel bedeutenden Verdienst versprach. Kapital hatte er allerdings nicht, um Getreide bar zu bezahlen, aber als „Herr von Piel“ mit einem sehr anständigen Rock und einem vornehmen Wesen gelang es ihm doch, manchem seiner schlichten Landsleute zu imponieren. Noch vom alten Vaterlande her waren viele von diesen gewöhnt, sich einem bessern Rock und besonders einem adeligen Namen mit größter Verehrlichkeit zu fügen, ja sich durch eine derartige Geschäfts-Verbindung sogar noch geehrt zu sehen, und Piel war es deshalb auch in der letzten Zeit besonders gelungen, eine nicht unbedeutende Partie Wehl und Getreide — einfach auf seine Wechsel — aufzukaufen. Man hatte gerade mit ziemlicher Sicherheit ein Steigen der Preise erwartet, und ein paar hundert Pfund Sterling wären dann im Handumdrehen verdient gewesen.

Mit solchen Spekulationen ist es aber eine mißliche Sache, der Erfolg liegt selten in der Hand des Menschen und hängt fast immer von unvorherzusehenden Umständen ab. Das Ganze bleibt auch gewöhnlich mehr oder weniger ein Hazardspiel. Wer freilich größere Kapitalien hat, mag mit ziemlicher Ruhe einen Teil derselben in solcher ungewissen Aussicht wagen. Nach verschiedenen Richtungen hin behält er doch immer die Aussicht, daß ihm, wenn die eine mißglückt, eine andere gelingt und dadurch den auf einer Seite erlittenen Verlust deckt. Wer aber alles nur auf die eine Karte setzen muß, spielt immer ein gemagtes Spiel. Der Gewinn bringt ihn nur einen Schritt weiter, der Verlust wirft ihn mit einem Schlage von der ganzen Bahn hinunter.

Herr von Piel hatte nichtsdestoweniger auf eine solche Art in der letzten Zeit gespielt. Sachen waren mit ihm überhaupt zu einer Krisis geblieben, in der er das Glück entweder zwingen mußte, ihm dienstbar zu sein, oder an dem

Punkt anlangen, den er schon seit einiger Zeit vor Augen gesehen. Es war das gänzlicher Ruin, oder eigentlich besser gesagt, Verlust auch des letzten Kredits, denn an wirklichen Lebensgütern hatte er schon seit geraumer Zeit nichts mehr zu verlieren gehabt.

Das Glück ist aber eine wunderliche Göttin und läßt sich nicht gern zwingen, und Herr von Piel sollte an diesem Morgen erfahren, daß es ihm einen bösen dunkeln Strich durch die Lichte, schon mit großen stattlichen Zahlen geschnitten Rechnung gemacht.

Er war allein in seinem ziemlich geschmackvoll eingerichteten Zimmer, an das freilich der Tapetier noch erhebliche Ansprüche hatte. Der Kaffee stand auf dem Tische, und Herr von Piel ging, eine Zigarre rauchend, in dem kleinen Gemache mit ziemlich raschen Schritten auf und ab. In der Mitte der Stube aber lag ein zusammengeknitterter Brief, und neben ihm in friedlicher Eintracht eine sehr zierlich gefrickte und mit langer goldener Troddel verzierete Morgenmütze, ein heimliches Geschenk Susannens.

„Da haben wir's jetzt,“ stöhnte der junge Mann plöglich, indem er sich wie erschöpft in die eine Sofaecke, das rechte Bein über das linke, warf und mit seiner rechten Hand die wild und ordnungslos ihm um Stirn und Schläfe liegenden Locken durchwühlte, „da haben wir's, die Mine ist explodiert, das Schiff ist gesunken, und ich sitze jetzt hier in diesem vermaledeiten Lande so fest und ruhig auf dem trockenen Sande, als ob ich in meinem ganzen Leben gar nicht flott gewesen wäre. Schöne Geschichten das!“ rief er endlich nach kurzer Pause, indem er sich nach dem vor ihm am Boden liegenden Briefe bückte, ihn aufhob, auseinander schlug und die Zeilen, welche die Unglücksbotschaft enthielten, noch einmal mit finster zusammengezogenen Brauen und fest auf einander gebissenen Zähnen überflog. „West und Ost, daß der Böse auch gerade jetzt die Schiffe in den Hafen führt. Natürlich, seit drei Monaten fast Ostwind, Ostwind, Ostwind, nichts als diesen nichtswürdigen, vermaledeiten Ostwind, da hätte man sich's eigentlich an den Fingern abzählen können, daß der Heiter uns eine solche Zufuhr endlich über den Hals schicken würde. Aber nein, es ist ordentlich, als ob man manchmal mit Blindheit geschlagen wäre, und der alte Esel, der Pöchte, hat richtig sein ganzes Getreide noch in den letzten Tagen zu ziemlich hohen Preisen angebracht, ein Heubenglied, daß er mir nicht borgen wollte, ich hätte den Bettel jetzt auch über dem Galfe.“

Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bismarck, die ein Bismarck mit den brutalen Mitteln des Polizeistaats nicht zu sprengen vermochte, die bisher allen Stürmen standgehalten hat, die sollte gelöst und gebrochen werden wegen dieser Frage, um die wir uns hier streiten? Die mächtigste Kulturbewegung, welche die Welt bisher gesehen hat, sollte zum Spott aller Volksfeinde werden? Dort oben im Saale leuchtet der Spruch: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ das ist das Motto, das wir den Arbeitern aller Länder, der ganzen Welt zurufen. Und das deutsche Proletariat, das bisher den Arbeitern der ganzen Erde ein leuchtendes Vorbild für sichere Einigkeit gewesen ist, das sollte von diesem Bismarck herabsteigen, sollte sich zum Gaudium der Gegner selbst zerfallen! Das kann nicht geschehen, das darf nicht geschehen. Wenn wir diesen Parteitag verpassen, dann soll es weder Sieger noch Besiegte geben, nur Kampfnoffen, die gewohnt sind, nach erfolgter Aussprache den Willen der gesamten Partei zu respektieren und wieder einig und geschlossen zu marschieren, zu marschieren gegen den gemeinsamen Feind. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen. Geiß-Mannheim verwahrt sich namens des badischen Landesvorstandes dagegen, daß letzterer sich in dem viel kommentierten Brief an den Parteivorstand, in dem vom Schweigebot die Rede war, gegen die deutsche Parteileitung habe auflehnen wollen.

Zimm-München: Namens der Mehrheit der süddeutschen Delegierten habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir werden der Resolution Frohne trotz aller Bedenken zustimmen, um den Beweis zu liefern, wie hoch uns die Geschlossenheit und das Gesamtwohl der Partei steht. (Bravo!) In der vorgesehene Art der Verständigung erblickten wir auch den Weg, die Frage der Budgetabstimmung in einer Weise zu lösen, die das gegenseitige Vertrauen mehr als bisher sichert und weder die Selbstständigkeit der Fraktionen außer acht läßt, noch eine der verfassungsmäßigen Bestimmungen der Einzelstaaten widersprechende Bindung bezweckt. Würde die Resolution Frohne in irgend einer Weise verschärft, so müßten wir sie ablehnen. (Beifall.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Schöpflin auf Streichung des letzten Absatzes der Lübecker Resolution wird abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag Frohne ist namentlich. Sie ergibt die Ablehnung des Antrages mit 217 gegen 160 Stimmen.

Die Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes ist ebenfalls eine namentliche. Sie ergibt die Annahme des Antrages mit 258 gegen 119 Stimmen. Beide Abstimmungen wurden vom Parteitag lautlos aufgenommen.

Segitz-Mürnberg: Im Auftrage von 67 Delegierten aus Württemberg, Bayern, Baden und Hessen habe ich folgende, von jedem einzelnen namentlich unterzeichnete Erklärung abzugeben: Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen den deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich betreffen. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen prinzipiellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zukünftige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbstständig zu bestimmen hat und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der Landesorganisationen veranwortlichen Landtagsfraktionen vorbehalten bleiben muß. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei den Süddeutschen.)

Singer: Die Erklärung geht zu Protokoll. Mittagspause.

In der Nachmittags Sitzung hielt zunächst Genosse Molkenbühr das Referat über „Sozialpolitik und der neue Kurs“. Die dazu gestellte Resolution wurde einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag Dr. Duarff-Frankfurt, eine umfassende Agitation der Partei und der Gewerkschaften für die Erringung des gesetzlichen Neunstundentages mit Übergangsbestimmungen zum Achtstundentag für Männer und Frauen vorzunehmen.

Alle Anträge auf Abänderung des Organisationsstatuts werden einer Kommission überwiesen.

Die Anträge, betreffend die Tagesordnung des nächsten Parteitages, werden dem neuen Parteivorstand zur Ermüdung überwiesen. Als Orte für den nächsten Parteitag werden Eisenach und Leipzig vorgeschlagen. Nach Ablehnung von Eisenach wird Leipzig gewählt.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

Der Parteivorstand und die Kontroll-Kommission haben eine Resolution gegen die Kriegshetze eingebracht:

Das gemeingefährliche, verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker, wie das englische und deutsche Volk, gegenseitig zu verhasen und zum Kriege aufzustacheln, dient nur den engherzigen, kurzichtigsten Interessen der ausbeutenden herrschenden Klassen. Es steht im schroffsten Gegensatz zur Bestimmung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen mit einander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den wertvollen Massen auferlegt und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt, angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Nationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt, macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Überwindung des chauvinistischen Geistes und für die Sicherung des Friedens einzutreten.

### Soziales und Parteileben.

**Kapitalistische Gerichtsbarkeit.** Ein aus Polen stammender Arbeiter in Klein-Roseln ließ sich als Mitglied der christlichen Gewerkschaft einschreiben. Als dies ein Beamter eines Wertes erfuhr, schickte er den Arbeiter von der Arbeit weg. Nach einer Beschwerde beim Betriebsdirektor konnte der Arbeiter weiterarbeiten. Bald aber wurde er wieder ins Bureau gerufen und nach einem Kreuzverhör wurde ihm die Arbeit für 8 Tage verboten — wegen Beamteneubildung. Der Betriebsführer bemerkte: „Wir müssen den Mann hart strafen, damit die anderen abgeschreckt werden.“ Der Kapitalismus schafft sich also seine eigene Gerichtsbarkeit, er verurteilt den Arbeiter zu 8 Tagen Hunger. Dabei gibt es keinen Unterschied zwischen Christlichen und frei organisierten Arbeitern.

**Eine neue Art der Maßregelung.** Nachdem es den Schärpmachern der Maschinenfabrik Augsburg gelungen ist, auch für ihre Angestellten einen gelben Verein zu gründen, geht es gegen den verhassten Bund der technisch-industriellen Beamten mit erneuter Energie. Der in genannter Firma angestellte Diplomingenieur Scheib, Vorsitzender der Augsburger Ortsgruppe des Bundes technisch-industrieller Beamten, wurde unter Fortzahlung seines Gehaltes auf unbestimmte Zeit beurlaubt, zugleich wurden die Portiers der Fabrik angewiesen, Scheib unter keinen Umständen mehr das Betreten der Fabrikräume zu gestatten. Diese besondere Art der Maßregelung wählt die Direktion der Fabrik deshalb, um den Schein zu erwecken, als ob das Koalitionsrecht keineswegs angetastet werde. Eine Reihe von Städten hat nämlich der Firma nur unter der Bedingung Aufträge erteilt, daß das Koalitionsrecht der Angestellten und Arbeiter gesichert wird. Durch obige Schiebung glaubt nun die Firma die Aufträge zu erhalten und das Ziel doch zu erreichen, die ihr verhassten Mitglieder des Bundes aus der Fabrik zu entfernen.

**Arbeitsniederlegung.** Infolge eines von den Arbeitgebern begangenen Tarifbruchs und wegen Maßregelung von Kollegen haben die Steinseher in Eisenach die Arbeit niedergelegt. Es wird gebeten, etwaigen Lockinferraten der Arbeitgeber keine Folge zu leisten.

**Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis.** Die Genossen Refutt und Finkelde in Königsberg hatten wegen Übertretung des § 3 des Reichsvereinsgesetzes polizeiliche Strafmahnde erhalten; Refutt als Einberufer der Versammlung sollte 30 Mk. und Finkelde als Leiter der Versammlung 15 Mk. bezahlen, weil in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung der Gauleiter Stufche-Berlin politische Erörterungen gepflogen haben sollte. Die Polizei hatte diese Erörterung in der im Zeitungsbericht wiedergegebenen Aufzählung an die Versammelten, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, gesehen. Die Versammlung diente aber zur Werbung von Mitgliedern für den Holzarbeiterverband. Sie war deshalb nicht anmeldepflichtig. Das Schöffengericht, das zur Entscheidung angerufen wurde, gelangte zu einer Verurteilung. Eine mündliche Begründung wurde nicht gegeben. Die Berufungskammer, die sich am Mittwoch mit der Sache zu befassen hatte, gelangte zur Freisprechung der beiden Genossen und führte aus: Nach dem neuen Vereinsgesetz sei eine Anzeige für Versammlungen nur erforderlich, wenn politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten besprochen werden, bedürfen der Anmeldepflicht nicht. Die Strafkammer

sei nicht zu der Überzeugung gekommen, daß von vornherein die Absicht bestanden habe, eine politische Versammlung zu veranstalten. Es handele sich um eine gelegentliche Absichtweigerung des Referenten, der zum Anschluß an die Sozialdemokratie aufforderte. Dieses Urteil deckt sich völlig mit dem Sinn des Gesetzes, sonst könnte jede nichtpolitische Versammlung ohne weiteres zu einer politischen werden, sobald etwa ein Diskussionsredner auf das politische Gebiet abzuweichen sollte. Eine politische Versammlung ist nur dann gegeben, wenn der Zweck der Versammlung der ist, politische Angelegenheiten zu erörtern.

**Massenmeeting in Nürnberg.** Nach Schluß des Parteitages wird ein großes Massenmeeting am Sonntag unter freiem Himmel stattfinden. Die bayerische Staatsregierung hat hierzu das Ludwigswald, einen früheren Militärübungsplatz, zur Verfügung gestellt. Es werden u. a. sprechen S u y s m a n - Brüssel, D u e l c h - London und Rosa Luxemburg.

**Der „neue Rechtsboden.“** In Breslau ist am 20. Mai eine nach dem Garten eines Stabliniments einberufene Wählerversammlung wegen zu schlechten Wetters in den Saal verlegt worden. Darob gegen den Einberufer eine Anklage wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes, weil die Polizei annahm, die Versammlung im Saale sei eine andere gewesen, die anmeldepflichtig war. Das Schöffengericht entschied, um eine Versammlung der Wahlberechtigten habe es sich nicht gehandelt, weil Frauen anwesend waren und eine Frau, Genossin Zie h - Hamburg als Hauptrednerin aufgetreten sei. Trotzdem sei der Angeklagte freizusprechen, denn die Versammlung habe auf dem gleichen Grundstücke getagt, für das sie genehmigt worden war, weshalb sie als die genehmigte Versammlung anzusehen sei. Auf die staatsanwaltliche Berufung hin hat jetzt die Strafkammer entschieden, da die Versammlung nicht im Garten stattgefunden habe, für die sie genehmigt war, habe es sich um eine andere Versammlung gehandelt. Trotzdem müsse der Angeklagte freigesprochen werden, weil es sich, obwohl Frauen anwesend waren, doch um eine Versammlung der Wahlberechtigten, wie das Gesetz sie versteht, gehandelt habe. — Was ist nun richtig?

### Aus dem Gerichtssaal.

**Das geplante „Attentat“ auf Wilhelm II.** Zu der Zeit, als in Berlin die Straßendemonstrationen stattfanden, erschien bei der Breslauer Polizei der Provisionsreisende Herbert Bürger und gab an, daß er soeben in einem Café Ohrenzeuge eines Gesprächs zwischen dem russischen Studenten Ossip Dicker und einem Fremden gewesen sei. Es habe sich um die Vereinbarung eines Attentats auf Wilhelm II. gehandelt. Die Polizei konnte sofort feststellen, daß an der Sache auch nicht ein wahres Wort gewesen ist. Das Gericht verurteilte den phantasiereichen Reisenden, nachdem er zuvor auf seinen Geisteszustand untersucht worden war, zu 9 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust.

**Material für den Reichsverband.** Der Kantor Richard S e c h t zu Barleben, Bezirk Magdeburg, hatte seit 1905 neben seinem Amte auch eine Filiale der Kreissparkasse zu verwalten. Er veruntreute fortgesetzt von den Sparern eingezahlte Beträge, sowie Gelder, die er von der Sparkasse abgehoben hatte, um sie den Sparern zurückzugeben. Die veruntreuten Summen betragen etwa 5600 Mk. Als diese Unterschlagungen rüchbar wurden, flüchtete der Kantor. Er war auch Kassierer der Ortsgruppe des evangelischen Bundes und vereinnahmte als solcher einen Betrag von 24 Mk., den er auch bei seiner Flucht mitgehen ließ. Als erste Ordnungsklage am Orte war der Kantor auch Vorsteher des Männerturnvereins, der er 30 Mk. unterschlug, die er zur Bezahlung einer Fahne erhalten hatte. Der Flüchtige wurde später verhaftet und hatte sich am Dienstag vor der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts zu verantworten. Er will die Sparkassengelder zur Bezahlung früherer Schulden und der durch Krankheit in seiner Familie entstandenen Kosten verbraucht haben. Es war aber allgemein bekannt, daß der Herr Kantor ein sehr lustiges Leben führte. Bei der Abhebung einer größeren Spareinlage fälschte der Kantor den Quittungsvermerk mit der Unterschrift der Sparerin. In der Verhandlung entschuldigte er sich damit, er habe geglaubt, daß die Sparerin damit einverstanden sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter Unterschlagung von Sparkassengeldern zu 10 Monaten Gefängnis. Sinfühlich der anderen Fälle erfolgte wegen mangelnden Beweises Freisprechung.

**Von der militärischen Disziplin.** Vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg hatte sich am Mittwoch der Musikleiter Müller I vom 26. Infanterie-Regiment wegen Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung zu

Er knisterte den Brief wieder zusammen, schleuderte ihn in die entfernte Steubenecke, und zog dann mit solcher Kraft und Wut an der Zigarre, daß sich der dicke Qualm bald in einer örmlichen Wolke um ihn lagerte und ihn ganz verhüllte.

Während er noch so dasaß, und nur mit dem übergenossenen Wein den Latt zu einer unbewußten Melodie schlug, klopfte es leise an die Tür. Das erstemal hörte es von Pic auch gar nicht, so war er in seinen eigenen unangenehmen Gedanken vertieft, ein härteres Pochen machte ihn aber doch aufmerksam, und auf sein eben nicht besonders freundliches „Herein“ öffnete sich langsam die Tür und Christian's gutmütiges Gesicht wurde darinnen sichtbar.

„Hallo, Herr von Pic“, lachte dieser, als er seinen Abmischer nur mit Mühe und Not in den Wolken von Tabakqualm entdeckte und herausgefunden hatten. „Sie rauchen heute morgen nicht schlecht. Ich glaube auch erst, Sie hätten Besuch, weil ich Sie hier oben reden hörte, und wollte Sie nicht stören, wie aber jetzt alles wieder ruhig war, dachte ich, Du verluhrst.“

„Ah, guten Morgen, lieber Helling“, jagte aber auch jetzt von Pic, sich gewaltig zusammennehmend, indem er mit auf- und niederfallenden Arme die Tabaknebel ein wenig zu zerstreuen suchte. „Sein Wirt vor allen anderen dürfte noch keine Ahnung davon bekommen, was ihn eigentlich bedrückt.“

„Womit kann ich Ihnen dienen?“

„Oh, es war nur eine Kleinigkeit, um die ich Sie bitten wollte“, jagte Christian, halb wie verlegen, aber, ich komme wohl heute morgen zu ungelegener Zeit. Sie scheinen mir übler Laune zu sein.“

„Wer? Ich?“ rief von Pic lachend und sich jetzt ernstlich zusammennehmend, wie kommen Sie darauf? Deshalb sollte ich übler Laune sein?“

„Nun, ich dachte vielleicht wegen des Engländers, wegen des Johnson“, jagte Christian gutmütig, aber lassen Sie sich das um Gottes Willen nicht zu Herzen gehen. Ja, seien Sie eher froh, daß Sie den Kerl noch auf so gute Manier los geworden sind. Das war einer von den richtigen englischen Humbugs, wie sie sie nennen, und ging nur darauf aus, andere Leute zu betrügen.“

„Johnson?“ Was wollen Sie mit Johnson?“ rief von Pic rasch und erschreckt, haben Sie irgend etwas von ihm gehört?“

„Und Sie wissen es noch nicht?“ fragte Christian erstaunt.

„Ich? Kein Wort? Was ist vorgefallen?“

„Nun, Johnson ist durchgebrannt.“

„Welcher Johnson?“

„Welcher Johnson? Nun, der Steinkohlen-Johnson, wie sie ihn hier in der Stadt nannten“, lachte Christian.

„Niemand hat übrigens, von dem ersten Augenblick, wo er sich hier zeigte, etwas anderes erwartet, denn er soll schon ganz ähnliche Streiche in Sidney und Melbourne gemacht haben. Das einzige, was ich fürchtete, war, daß Sie sich zu weit mit ihm einlassen würden, und Sie wissen, daß ich Sie mehrmals vor ihm und seinen Plänen gewarnt habe.“

„Durchgebrannt?“ wiederholte jetzt von Pic, der sich vollkommen gesammelt hatte, lachend, „er ist in die Berge hinauf, um seiner Entdeckung weiter nachzuforschen. Allerdings wollten wir beide zusammen gehen, aber er wird geglaubt haben, das Geschäft allein ungestörter betreiben zu können und weniger dabei der Gefahr ausgesetzt sein, von Neugierigen beobachtet zu werden.“

„Draußen in See wird er wohl schwerlich Steinkohlen finden“, lachte Christian.

„Draußen in See?“ rief von Pic rasch und erschreckt, „er ist in See gegangen?“

„Allerdings“, jagte der junge Deutsche, gestern Abend mit dem englischen Schooner Judith, und der Wirt, wo er gewohnt hat, sowie Schneider, Schuster und andere Handwerker sind heute morgen mit Tagesanbruch nach dem Hafen herunter gefahren, um zu sehen, ob sie ihn noch möglicherweise in dem unteren Arm abfassen können. Häße ihnen aber auch nichts, denn Geld hat er schwerlich mehr bei sich, und weiter können sie auch nichts mit ihm anfangen. Sie haben ihn doch nicht etwa Geld geborgt?“

„Wer? Ich?“ rief von Pic rasch und mit einem etwas gezwungenen Lachen, nein, siele mir ein. So grün sind wir auch nicht mehr. Hätte das aber doch von Johnson nicht erwartet. Schien eigentlich ein ganz anständiger, respektabler Burische zu sein.“

„Dafür hab ich ihn im Leben nicht gehalten“, jagte Christian trennherzig, „aber es ist gut, daß er fort ist. Drei Gesellen sitzen nur immer in einer Kolonie, ob es nun Engländer oder Deutsche sind, und machen, daß man

nachher nicht einmal einem ehrlichen Menschen mehr traut. Aber“, setzte er wieder etwas zögernd hinzu, „das war es eigentlich nicht, was ich Ihnen sagen wollte, ich glaube, Sie hätten das schon lange selbst gehört, ich kam wegen etwas anderem. Ich — ich habe einen Brief bekommen, Herr von Pic.“

„Einen Brief?“ rief der junge Mann rasch, und es war gut, daß Christian so sehr mit sich selbst beschäftigt blieb, es hätte ihm sonst gar nicht entgehen können, daß sich sein Mietsmann weit mehr als nötig für diese Neugierkeit interessierte.

„Ja“, lachte Christian und wurde dabei bis hinter die Ohren rot, „einen sehr niedlichen Brief, habe ihn auch schon ein paar Tage erwartet, aber — aber er ist ein bißchen unbedeutlich geschrieben, und da — da wollt ich Sie bitten, ob Sie den nicht einmal für mich lesen möchten.“

„Mit dem größten Vergnügen“, sagte von Pic rasch und bereitwillig.

„Ja“, fuhr Christian, dadurch noch immer um nichts gebessert, fort, „aber ich muß Ihnen doch erst sagen, von wem er ist.“

„Nun, das werde ich ja wohl aus dem Briefe selber sehen“, lachte sein Mietsmann, der jetzt seine ganze Ruhe wiedergewonnen hatte.

„Ja, sehr wahrscheinlich“, jagte Christian, „der Name — der Name steht darunter, aber —“

„Aber?“

„Lieber Herr von Pic“, sagte Christian entschlossen und treuherzig, „ich muß Ihnen vorher etwas darüber sagen, denn ich mache Sie dadurch gewissermaßen zu meinem Vertrauten.“

„Sehr viel Ehre!“ erwiderte der Mietsmann mit einem etwas zweideutigen Lächeln, das aber für Christian verloren ging. Dieser fuhr auch, einmal in der Bahn, ruhig fort: „Ich will heiraten. Wenn man ein Geschäft hat, tu sich nicht mehr, daß man allein bleibt, und ich habe deshalb bei Vater Lischte um die Hand seiner Tochter angehalten. Sie kennen ja wohl Susanna Lischte?“

„Allerdings“, jagte von Pic, doch etwas verlegen, „es ist ein sehr hübsches Mädchen!“

## Aus Nah und Fern.

verantworten. Müller, der aus irgend einem Grunde in Untersuchungshaft saß, sollte während der Freistunde, als auf dem Kasernenhof die Untersuchungsgefangenen umhergeführt wurden, die Abstände nicht genau innegehalten und zwei deswegen erteilte Befehle des Arresthauaufsehers nicht beachtet haben. Der Aufseher, ein Witzfeldweibel, befahl dann den Gefangenen, zu halten. Da das nicht gleich geschah, streckte er seinen Arm vor, um so die Leute zum Halten zu bringen. Dabei erhielten Müller und ein Gefreiter einen leichten Stoß vor die Brust, was Müller Veranlassung gab, zu sagen: „Fassen Sie mich nicht an, sonst beschwere ich mich beim Feldweibel.“ Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten wegen dieser Bagatelie zu zwei Monaten Gefängnis, wobei es noch als Strafmildern annahm, daß der Angeklagte durch das Verhalten des Arrestaufsehers gereizt worden sei.

**Einem stark hysterischen Soldaten** verurteilte das Oberkriegsgericht des 16. Armeekorps in Mex. von dem Kriegsgericht der 33. Division ist im Mai d. J. der Kanonier Fritz Stoffel vom Feldartillerieregiment Nr. 70 wegen verschiedener Vergehen — Aufstellungsverletzung, Beharren im Ungehorsam vor versammelter Mannschaft, tätlichen Angriffes auf einen Vorgesetzten, Versuchs, Vorgesetzte mittels Gewalt von der Ausführung von Diensthaltungen zurückzuhalten — zu fünf Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als sich das Oberkriegsgericht das erste Mal mit der Berufung beschäftigte, wurde Stoffel tobisch tätig, er mußte von einer größeren Anzahl von Mannschaften übermältigt und gefesselt werden. Das Oberkriegsgericht beschloß darauf die Unterbringung des Soldaten in die Irrenanstalt zu Saargemünd zur Beobachtung. In der Verhandlung vom Dienstag, zu der Stoffel wieder vorgeführt wurde, gab der Irrenarzt Dr. Dingel sein Gutachten dahin ab, daß bei Stoffel das Zentralnervensystem erkrankt sei und man es mit einem Hysteriker zu tun habe. Im Moment seiner Wutanfälle sei er nicht Herr seiner Sinne und für die Handlungen, die er in diesem Zustande begeht, nicht verantwortlich. Oft seien wechselnde Stimmungen bei ihm zu beobachten. Die Hysteriker seien nicht normal, sie stehen sich einfach vom Impuls fortziehen. Trotz dieser Feststellungen glaubt der Gutachter aber nicht, daß bei der Insubordinationstat und Achtungsverletzung die geistige Zurechnungsfähigkeit des Stoffel aufgehoben war. Ähnlich äußerte sich der Generalarzt. Der Angeklagte folgte der Verhandlung sehr aufmerksam, er schaukelte fortwährend auf seinem Platze hin und her. Das Oberkriegsgericht verurteilte den nicht normalen Soldaten, indem es von dem tätlichen Angriff auf die Vorgesetzten abließ, unter Aufhebung des kriegsgerichtlichen Urteils immer noch zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. — Ein furchtbares Urteil. Der Mann gehört wohl in eine Irrenanstalt, aber nicht in ein Gefängnis.

**Manöver-Opfer.** Wie der „Elffässer“ feststellt, hat das Divisionsmanöver in Oberelsaß bisher 11 Tote gekostet. Im Spital von Hirsingen liegen noch sieben Kranke. Die 14. Jäger haben 80 Bettlägerige. Die Schuld an diesen Verlusten wird den öfteren Wivats zugemessen, die trotz eines fast sintflutartigen Regenwetters, unterbrochen von tropischer Hitze und trotz empfindlicher Morgenkühle abgehalten wurden. Oft mag noch dazu gekommen sein, daß die Truppen morgens schon um 1 oder 2 Uhr halb oder ganz nüchtern ausgerückt sind. Für das Korpsmanöver sind die Wivats verboten worden.

**Ende eines kleinstädtischen Journalistenstreiks.** In einer Sitzung des Recklinghauser Stadtparlamentes hatten die anwesenden Pressevertreter sich nach Ansicht des Stadtverordnetenvorstehers zu laut unterhalten. Eine diesbezügliche Bemerkung desselben beantworteten die Pressevertreter mit dem Streik, als ihnen Genugtuung versagt wurde. In der gestrigen Sitzung verstand der Vorsitzende sich endlich zu einer Klärung, in der er betonte, von der in Rede stehenden Bemerkung nichts aufzunehmen zu können, aber andererseits versicherte, daß ihm jegliche beleidigende Absicht völlig ferngelegen habe. Darauf nahmen die Pressevertreter ihre Tätigkeit wieder auf.

**Die Polizei weiß sich zu helfen.** Anfang Juli soll in Benrath bei Düsseldorf der Arbeiter Lubwig Dorf einen Straßenaufmarsch verursacht haben, wofür ihn die Benrather Polizei mit einem Strafmandat über 9 Mk. bedachte. Dorf reiste ab, ohne diese 9 Mk. zu bezahlen. Um nun aber dieses Geldes nicht verlustig zu gehen, stellte die Polizei nach dem Vergehen den Maurer Philipp Hof, der am Benrather Bahnhof Streikposten stand. Auf dem Polizeibureau erfuhr der Verhaftete, wessen man ihn beschuldigt. Hof beirrat natürlich entschieden, ein Strafmandat erhalten zu haben. Auch bemerkte er, daß auf dem Schriftstück eine Namensänderung vorgenommen wurde. Um nicht eingelocht zu werden, bezahlte Hof die 9 Mk. Das weitere wird sich finden. Eine Anfrage in des Verhafteten Wohnung würde die Polizei über ihren „Zerturn“ aufgeklärt haben. Statt dessen setzte man den Mann ohne weiteres vor die Alternative, entweder 9 Mk. zu bezahlen oder drei Tage zu brummen.

**Die Pläne des Grafen Zeppelin.** In den in der letzten Zeit abgehaltenen Konferenzen des Grafen Zeppelin mit seinen Beratern und Ingenieuren haben die ursprünglichen Pläne der Neuanlagen einige Veränderungen erfahren. Es sollen nun doch sofort zwei Hallen oder richtiger Luftschiffswerkstätten angelegt und ein großes Maschinenhaus errichtet werden. Alle jene Bestandteile, die bisher in den Werkstätten in Manzell mit der Hand hergestellt wurden, sollen in der neuen Anlage maschinell im großen fabriziert werden. Der ganze Betrieb wird von Anfang an auf die Verfertigung von 8 Luftschiffen im Jahre eingerichtet. Die Pläne für die Neuanlage dürften in etwa 14 Tagen fertig sein. Die vorbereitenden Arbeiten werden dann von

Direktor Coleman auf dem Submissionswege vergeben werden. Die feste Halle in Manzell und die dortigen Anlagen bleiben bestehen; erstere soll als Bergehalle für Flugproben, letztere als Reparaturwerkstätte dienen. Der Ballon „Zeppelin I“ schreitet seiner Fertigstellung entgegen. Er soll bis Anfang Oktober, wo hier hoher Besuch erwartet wird, flugfertig sein.

**Der Preis für Frauenhaar.** Die Riesenhutmode für diesen Winter bedingt eine Haarracht, zu der sehr viel Haar erforderlich ist. Da nicht jede Dame über einen reichen Haarschmuck verfügt, wird künstliches Haar viel gefragt und gekauft werden. In Paris hat bereits ein schwunghafter Handel mit Frauenhaar eingesetzt, und ein Friseur der französischen Hauptstadt hat sich unlängst über den Preis von Frauenhaar geäußert. Am billigsten ist nach seinen Angaben chinesisches Haar. Es ist sehr hart, dick und grobsträhmig. Der Preis variiert zwischen fünfzig und sechzig Franken das Kilo. Damit unsere Damenwelt dieses Haar tragen kann, muß es zunächst durch ähmische Wäber weicher und schmieglamer gemacht werden. Sehr gesucht ist dagegen Londones Haar. Es kostet, wenn die Haare achtzig Zentimeter lang sind, 1500 Francs das Kilo. Am teuersten ist aber weißes Haar. Für weißes und seidenweiches Haar, das sehr schwer aufzutreiben ist, wird dreitausend Francs und darüber per Kilogramm gezahlt.

### Humoristisches.

**Neugierige Dame:** „Wieviel Milch gibt Eure Kuh den Tag?“ — Wahrheitsliebender Knabe: „Etwa acht Quart.“ — Dame: „Und wieviel verkauft Ihr davon?“ — Knabe: „Etwa zwölf Quart.“

(Lit Bits.)

**Geführt.** Ein Pastor hört im Rupee seinen Nachbar fortwährend laut fluchen und fragt ihn: „Wo fahren Sie denn hin?“

„Nach Hannover“, sagt dieser, und flucht weiter. „Ja, wenn Sie so fortfahren zu fluchen, sagt der Pastor, so kommen Sie nicht nach Hannover, sondern in die Hölle!“

„Das ist mir egal, sagt der Reisende, ich hab' ein Retourbillet!“

**Die Herrin.** Serenissima — von der leider viel zu wenig die Rede ist — kam einmal nach Istanbul und machte beim Empfang die Bekanntschaft mehrerer Großwürdenträger, unter anderen wurde ihr in Dolma Bagtscha der Ober-Gunuch vorgestellt.

Diesem würdigte sie einer huldvollen Ansprache: „Nicht wahr, Sie haben für die Stütze bei den Palastdamen zu sorgen. Ein sehr schönes Amt, vom ethischen Standpunkte aus. Sie stammen gewiß aus einer vornehmen Familie?“

„Zu Befehl, Hoheit.“

„War Ihr Vater auch Gunuch?“

(„Lustige Blätter.“)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtliche in Lübeck.

# Gemüse, Saucen,

**Achtung vor Nachahmungen!**

schwache Suppen usw. erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack mit einigen Tropfen

## MAGGI'S Würze

Schutzmarke Kreuzstern

nicht mitkochen, erst beim Anrichten beifügen. **MAGGI'S** Würze ist sehr ausgiebig, man verwende stets den Würzespärer.  
— Probefläschchen 10 Pfg. —



MAGGI's gute, sparsame Küche

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen, insbesondere dem Bauarbeiterverband, sagen wir allen unsern aufrichtigen Dank.

Catharine Wegner  
und Familie.

**Freundliches Logis zu verm.**  
Schwartauer Allee 123, 2. Stg., rechts.

**Logis für 2 junge Leute.**  
Johannisstr. 55, 1. Stage.

**Besseres Logis für 2 junge Mädchen zu vermieten.**  
Kosenstraße 3.

**Ein freundlich möbl. Zimmer**  
an einen Herrn zu vermieten.  
Morinstraße 17, 2. Stage.

Zu vermieten zum 1. Oktober eine Zweizimmerwohnung an Leute ohne Kinder.  
Belzerstraße 11a, part.

**Ein freundliches Zimmer zu vermieten.**  
Augustenstraße 27a, 1.

**Ein freundlich möbl. Zimmer**  
zu vermieten.  
Langereihe 11, Burgtor.

**Ein möbl. Zimmer zu verm.**  
Füchtlingstraße 39, 1. Stage.

**Ein freundliches Logis**  
sofort zu vermieten. Ludwigsstr. 32.

**Ein freundlich möbl. Zimmer**  
zu vermieten. An der Mauer 132.

Zum 1. Januar eine 3 Stuben-Wohnung v. ruh. Leuten (2 Mädch.) gef. Wilhelmshöhe oder Goltentor Nord mit Garten bevorzugt. Off. unt. A 2 a. d. Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort od. 1. Januar 1000 M. nach 12000 M. Brandt. 17800 Mk. Offerten unter B F K a. d. Exped. d. Bl.

**Gesucht sofort 500 Mk.**  
in kleines Haus. Off. u. B 100 a. d. Exp.

Zu verkaufen  
**3 neue Knaben-Anzüge,**  
**3 neue Knaben-Toppen,**  
passend für Alter von 12 Jahren.  
Bedergarbe 44.

Zu verkaufen eine weisse Kaffee-Vertikale mit Matrasse u. eine kleine Sandharmonika.  
Sedanstraße 6, Stage.

Sehr empfehlenswert ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:

# PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46. und deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

# Die Neue Zeit

Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie.  
Redigiert von Karl Kautsky.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Osterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Zu verkaufen ein  
**dunkl. Rockanzug u. Winterüberzieh.**  
Meierstraße 13.

**Zu verk. leichte schottische Karre**  
zum Handeln. Hundestraße 107.

**2 eiserne Oefen, 1 Schornstein-Aussatz**  
(63öllig mit Kappe) billig zu verkaufen.  
Hundestraße 87, 1.

Billig zu verk. 1 gold. u. 1 silb. Damen-Remontuhr, 1 fast neuer Regulator u. ein Forterrierhund, sehr mach und hübenrein.  
Marktstraße 29.

**Schöne große Ferkel hat zu verkaufen**  
H. Lange, Mori.

**Schöne Zugänger u. Ferkel zu verk.**  
Ziegelstraße 11a.

**Merztlicher Sonntagsdienst**  
am 20. September 1908.  
Dr. v. Thaden.  
Dr. Hofstaetter.  
Dr. Gosch.

**Abreisenden**  
aufbewahrt und nachgeandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgefch. Fischergr. 52.

## Schlutup.

Einladung zum

# 1. Stiftungs-Fest

des  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
„Bandalia“

von Schlutup und Umgegend  
am Sonntag, den 4. Oktober 1908  
im Lokale des Herrn Vedder,

„Gasthof zur Post“.  
Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Alle umliegenden Bundesvereine sind hier  
mit freundlichst eingeladen.  
Das Festkomitee.

Montag, den 21. September 1908:  
**Travemünder Markt.**  
 Alle Arten Korbwaren billig.  
 Annahme von Reparaturen daselbst.  
 K. Nieisch, Lübeck.  
 Neuanfertigung in kurzer Zeit gut und billig.

**Noch ist es Zeit,**  
 Pappdächer teeren und ausbessern zu lassen,  
 Quadratmeter 6-8 Pfg.  
**H. Krüger,** Dachdecker,  
 Fleischhauerstr. 92/96.

**2 gut erhaltene Fahrräder**  
 mit Torpedostreife a 55 Mk.  
**O. Dortmund,** Schwartauer Allee 99.

Ein Posten  
**geräuch. Mettwurst**  
 (harte Winterware)  
 Pfd. 1.00 Mk.  
**Friedr. Paetau,**  
 Mühlenstraße 27.

**Mockturtle-Ragout**  
 empfiehlt  
**Aug. Kneese,** Langer Lohberg 20.

**Pa. schwed. Kronsbeeren**  
 Pfd. 20 Pfg., 10 Pfd. 1.80 Mk.  
 gute Kochbirnen Pfd. von 7 Pfg. an  
 empfiehlt  
**J. Peters,** Dornestraße 32a.

Großer **Silberer Fettkäse** direkt vom  
 Hofen Pfd. 25-30 Pfg. Lager,  
**Schlumacherstraße 12,** auf der Diele.

**„Adler“-  
 Brauerei  
 Lübeck**  
 F.: 693.

**Restaurant Polierkrug**  
 Schwartauer Allee.  
 Geschützte Lauben, geschl. Veranda  
 sowie Doppel-Kegelebahn (Hochbahn)  
 Angenehmer Familien-Aufenthalt.  
 Zur Einkehr ladet freundl. ein  
**F. Strohkam.**

**Stodelsdorfer Markt.**  
 Montag, den 21. September:  
**Große Tanzmusik.**  
 Hierzu ladet freundlich ein  
**E. Rottgardt.**

**Steinrader Baum.**  
 Am Sonntag, den 20. d. Mts.  
**Großes Grützebier**  
 wozu freundlichst einladet  
**Wilh. Behnke.**

**Bahnhof drei Kronen**  
 Stodelsdorf.  
 Montag, Stodelsdorfer Markt:  
**Große Tanzmusik.**

**Sonntag Tanzkränzchen**  
 Altes Stednisjahrer-Amtshaus.  
**C. Mannshardt,** Hartengrube 25/27.

**Gesellschaftshaus Adlersdorf.**  
 Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**

**Wilhelmtheater.**  
 Sonntag  
 bis 1 Uhr: **\* Tanz. \***  
 Ab heute: **Großes Ball-Orchester.**

**Weisser Engel.**  
 Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**

**Keine Zerstörung der Wäsche**



kein Angreifen der Faser ist bei Benutzung des neuen konkurrenzlosen Waschmittels

**Persil**

zu befürchten, da es den Schmutz spielend löst und ohne jedes Reiben und Bürsten die Wäsche von selbst wäscht. Für jede Waschmethode geeignet, daher einfachste Anwendung, falscher Gebrauch ausgeschlossen. Garantiert chlorfrei und gefahrlos; wir kommen für jeden Schaden auf.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**  
 auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

**Liebe Freundin!**

Kannst Du dort auch das Weichen-Seifenpulver „Goldperle“ haben? Frage doch mal nach und kaufe Dir ein Paket. Du wirst entzückt sein über die reizenden Geschenke, die jedem Paket beiliegen. Veräume das nicht und achte auf der Namen „Goldperle“, damit Du das richtige bekommst.

Herzlichen Gruß  
 Deine Anna.

**Metropol-Theater**  
 Lübeck  
 Breitestraße, Ecke Huxstraße.  
 Vornehmstes Etablissement  
 lebend-tönender Photographien.

Die grosse Serie allerneuester Bilder  
 dieser Woche:

**Herbstparade 1908** auf dem Tempelhofer Felde. Soeben stattgefunden vor S. M. dem Kaiser und Kronprinzen.

**Zertrümmertes Glück.** Wunderbar dramatisch. Bild wurde auf der Internationalen Kinematographen-Ausstellung mit der goldenen Medaille prämiert.

**Der bedrückte König.** Phantastische humoristische Satire.

**In der Mühle vom Biitz getroffen.** Dramatische Episode.

**Japanische Phantasie.** Farbenprächtiges Zauberbild.

**Ein treues Herz.** Dramatische Darstellung aus dem Leben eines Farmers.

**Der künstliche Saft.** Humoristisch.

**Die Botschaft des Seemannshundes.** Tragisches Lebensbild.

**Lago maggiore.** Herrliches Panorama.

**Ich will eine Puppe haben.** Ergreifend.

**Paukenschlägers freier Tag.** Urkomisch.

**Dem Verderben entgegen.** Tragisch.

**Dienstboten allein im Hause.** Komisch.

**Komödie der Irrungen.** Humor.

**In der Drosselgäß in Rüdesheim.** Neuester Tonbild-Schlager u. weit. Neuh.

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschl.**  
 (Zahlstelle Lübeck).

**\* Dreiundzwanzigstes Stiftungsfest \***  
 am Sonntag, den 27. September 1908,  
 im Lokale des Herrn Fürbötter, „Wakenitz-Bellevue“.  
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wozu Garderobe.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
**Das Fest-Komitee.**

**Konzerthaus Friedrichshof.**  
 Heute Sonntag: **Grosser Tanz.**  
 Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei. Hans Möller.

Neu! **Louisenlust.** Neu!  
 Partett-Tanzboden. Partett-Tanzboden.  
 Jeden Sonntag: **Grosse Tanzmusik.**  
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
 Musik vom Harmonikastab „Harmonia“ mit ganz neu angeschafften Instrumenten.  
 W. Glöck.

**Flora**  
 2 Minuten vom neuen Bahnhof.  
**Jeden Sonntag:  
 Tanzkränzchen**  
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Eintritt frei.

**Central-Hallen**  
 Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Eintritt à Person 10 Pf.  
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 W. Borgwardt.

**Friedrich-Franz-Halle**  
 Heute Sonntag:  
**GROSSE  
 TANZ-MUSIK.**  
 Jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen.**

**WAISEN-HOF.**  
 Heute Sonntag:  
**Tanzkränzchen.** Eintritt frei.

**Einseger.**  
 Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Freier Eintritt. — Freier Tanz.

**Großherzog v. Mecklenburg**  
 Morgen Sonntag:  
**Große Unterhaltungs-Musik**  
 ausgeführt von dem blinden H. Schulz.  
 Kalte und warme Küche  
 in vorzüglicher Güte.  
 Angenehmer Familien-Aufenthalt.  
 Chr. Wien, Große Burgstraße 11.

**Club Fidelitas.**

**Tanzkränzchen**  
 am Sonntag, den 20. Sept.  
 in Wakenitz-Bellevue.  
 Anfang 5 Uhr.  
 Der Vorstand.

**Universum**  
 Heute Sonnabend u. morgen Sonntag:  
**Gr. Komödienabend.**

**Hansa-Theater**  
 Telefon 384.  
 Gastspiel  
**Job-Classen.**  
 Nur noch 2 malige Aufführung!  
 Heute Sonnabend:  
 Anfang punkt 8 1/4 Uhr.

**2 zu 15**  
 Posse mit Gesang in 3 Akten.  
**Riesiger Lacherfolg.**  
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.  
 Morgen Sonntag: 2 Vorstellungen.  
 Nachm. 4 Uhr:  
**Grosse Fremdenvorstellung**  
 zu ermäßigten Preisen.  
**Eine Spritztour nach Berlin.**  
 Abends: Anfang punkt 8 Uhr.  
 Zum letzten Male:  
**2 zu 15.**  
 Vorverk. bei Sager bis 1 Uhr mittags.



## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksbote.“

4. Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

C. B. Nürnberg, den 16. September 1908.

Die Debatte über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Segitz-Nürnberg: Singer hat gestern die Verhandlungen zwischen uns und dem Parteivorstand gerade in dem Augenblick abgebrochen, als ich Vorschläge zur Verständigung machen wollte. (Hört! Hört!) Er sagte, er habe nun die Konzessionen satt. (Hört! Hört!) Und der Genosse Eichhorn, der mit dem Parteivorstand Fühlung hat, hat zu dem Redakteur eines süddeutschen Blattes gesagt, die Verhandlungen seien darauf angelegt, einige Fliegen zu lassen. (Hört! Hört! Widerspruch.) Ich hörte mich zum Wort. (Zurufe: Namen nennen!) Er hat es zum Redakteur der „Mannh. Volksstimme“ gesagt. (Hört! Hört!) Wenn geflogen wird, dann fliegen aber nicht einige, sondern dann gibt es einen großen Ausflug. (Großer Lärm. Gelächter. Zurufe: Zepelin!) 95 Prozent der süddeutschen Genossen stehen hinter den Fraktionen. Man hat weiter dem Genossen Bebel vorgeworfen, daß er so sachlich und so ruhig gesprochen hat. (Lebhafter Hört! Hört!) Und die Folge ist, daß nicht Bebel das Schlusswort hat, sondern der Scharfmacher Ebert. (Laute Unterbrechungen: Unsinn! — Unwahrheit! — Hört, hört! v. d. Süddeutschen.) Ich bin ein Gegner dieser endlosen Parteilichkeiten. Ich habe eine 35jährige Parteierfahrung hinter mir und habe es satt, in unwürdiger Weise mich über Dinge zu streiten, über die zu streiten es sich nicht lohnt. Zübel hat nicht widerlegen können, daß die Berliner Genossen für das Budget der Stadt Berlin gestimmt haben. Wir wissen es von einem Stadtverordneten selbst, daß unsere Genossen den Etat für die Berliner Kommune bewilligt haben; darunter befanden sich auch 8 Millionen Mark für die Berliner Polizei, die unsere Wahlrechtskämpfer niedersäbelte. (Stürmische Unterbrechungen. Zurufe: Schwindel. — Lautes Hört, hört! — Neue Unterbrechungen: Schwindel.)

Vorsitzender Singer: Ich bitte die Unterbrechungen zu unterlassen.

Segitz: Das sind unsere Ankläger, bilden Sie sich Ihr Urteil. (Beifall und Händeklatschen bei den Süddeutschen und auf der Galerie. — Zurufe bei der Mehrheit.)

Vors. Singer: Wenn nicht Ruhe eintritt, ist es einfach unmöglich weiter zu verhandeln. Ich kann von den Delegierten verlangen, daß sie ihre Erregung, so berechtigt sie sein mag, bemäßen. (Zuruf: Auch die Zuhörer müssen ruhig sein!) Selbstverständlich müssen auch die Zuhörer ruhig sein.

Strobel-Berlin: Ich habe gestern dem Genossen Frank Infamie zugerufen. Das Wort ist mir im Augenblick über Empörung entfahren. Wenn aber Tinn ganz allgemein über unseren schlechten Ton sich beklagt hat, so mag er sich gefälligst auch an seine engen Freunde wenden. Das „Bühner-„Volksblatt“ schrieb, nun sei der fällige Parteilstand wieder da. Die „Leipziger Volkszeitung“ habe angefangen und der „Vorwärts“ habe danach getanzt. (Sehr richtig!) Das heißt, daß wir nicht aus ehrlicher Überzeugung handeln, sondern im Wettstreit um die Anzettelung von Parteilandalen. Wenn das nicht der denkbar schlechteste Ton ist, dann weiß ich überhaupt nicht mehr, was schlechter Ton sein soll. (Sehr gut!) Man hat gewagt, der Mehrheit des Parteitages den Vorwurf des Parteifraßes zu machen, und die „Frankfurter Tagespost“ hat geschrieben, der ganze Streit sei ein Wert der Kraftsucht einiger zankstüchtiger Genossen. (Hört, hört!) Wenn man anderen solch erbärmliche Motive, solch niedrige Charaktereigenschaften zutraut, wie muß es um die eigene Moral bestellt sein! (Sehr gut!) Es handelt sich nicht um kleine Meinungsdivergenzen in einer Frage, sondern um grundsätzliche Verschiedenheiten in unserer Auffassung. (Sehr wahr!) Wenn die Gegenseite recht hätte, dann wären wir entweder Komödianten oder Altschöpfe, die nicht wissen, um was sie sich streiten. Sie verlangen, wir sollen uns fügen, trotzdem wir in der Mehrheit sind. In Baden hat man offen zugegeben, daß man das Budget bewilligt habe, um ein liberal-sozialistisches Bündnis vorzubereiten. Ist das noch kein Gegenkommen gegen die herrschenden Klassen? Genosse Wahrenbrocher, der Lehrer für Marxismus der Nürnberger Parteischule (Heiterkeit) hat gar geschrieben, man müsse der bayerischen Regierung entgegenkommen, denn sie tue alles, was man von einer gerechten und vorurteilslosen Regierung verlangen könne. (Lautes Hört, hört!) Ist das noch nicht blockliberale oder nationalsozialistische Auffassung? (Sehr gut!) Und wie haben wir den Blockliberalismus gehöhnt wegen seiner Politik. (Sehr wahr!) Sie drohen uns mit Parteierregung, weil Sie sich in Fragen eines angeblichen Zeremoniells der Mehrheit nicht fügen wollen. Aber die Mehrheit soll sich fügen, weil sie die Frage für eine prinzipielle und äußerst wichtige hält, weil sie die Partezerrüttung befürchtet, Sie imponieren uns mit Ihren Drohungen nicht. Glauben Sie nicht, daß Ihnen allzu viel folgen werden. Ich glaube vielmehr, daß die Masse der Unverantwortlichen die Verantwortlichen zur Ordnung und Pflicht zurückrufen wird. (Lebhafter Beifall. Zischen.)

Schöpflin-Leipzig begründet einen Antrag, den letzten Absatz der Lübecker Resolution zu streichen. Man mag über diesen Antrag denken wie man will, er hat jedenfalls den Vorzug der Klarheit. Er läßt keine Ritz, durch die die Süddeutschen hindurchgehen können. Ich bin für Klärung um jeden Preis. Diese fortgesetzten Erörterungen vertragen die Partei auf die Dauer nicht, so gesund und robust auch der Körper ist. David hat gesagt, der Parteitag solle sich darauf beschränken, Ratschläge zu erteilen, er brauche keine Beschlüsse fassen. Das wäre gleichbedeutend mit der Aufhebung der Zentralisation. Disziplin erkennt auch David an, aber nur soweit es seine Überzeugung zulasse. Wohin können wir denn aber dann? Dann könnte jeder stimmen wie er will, und dies will mein Antrag verhindern. (Beifall.)

Sch. G. Hanau: Nachdem wir die Gründe gehört haben, muß der, welcher noch schwankend war, zur Zustimmung der Vorstandsvorstellung kommen. (Sehr richtig.) Schon die Disziplin mache die Annahme notwendig. Werden nicht

jährlich die Gehälter der Beamten bewilligt. Lehnen Sie einmal im nächsten Jahre den Etat ab und der Minister wird Ihnen dann die Reden von Tinn und Frank vorhalten. Die Konsequenz wird sein, daß Sie jedes Jahr das Budget werden ablehnen müssen. Die Genossen haben erklärt, daß ihre Abstimmung mit der Lübecker Resolution vereinbar sei. Nun, wir sind entgegengesetzter Meinung, und haben doch wohl auch das gute Recht, es auszusprechen. Das ist doch noch lange keine Beschimpfung. Wie will man die Einigkeit aufrecht erhalten, wenn man erklärt, daß man sich den Beschlüssen nicht fügen wolle. (Sehr gut.) Eine Einigkeit kann nur bestehen, wenn der Mehrheitsbeschluß respektiert wird. (Lebh. Zustimmung.) Ich würde es mit Bedauern sehen, wenn es zu einer Spaltung käme, aber deshalb, Genossen, dürfen wir uns unter keinen Umständen einschüchtern lassen. (Stürm. Beifall.) Wenn es aus solchen Gründen zur Spaltung kommt, wenn es schon soweit mit der Parteieinigkeit steht, dann sage ich: Nur zu mit der Spaltung. (Stürmischer Beifall und heftiger Widerspruch.) Nun, weshalb drohen Sie denn mit der Spaltung? Was waren die Worte von Segitz anders als ein Kriegsruf? (Lebh. Zustimmung.) Wozu anders bringt er die persönlichen Klatschereien hier hinein, als zur Verhöhnung des Parteitages? (Lebh. Beifall und Widerspruch.) Mag die Spaltung eintreten. Es wird kurze Zeit Verwirrung herrschen, aber die Arbeiter brauchen Einigkeit und werden sich nicht davon auf lange Zeit abhalten lassen und auch nicht durch einen noch so großen Schauspieler. (Stürm. Beifall.) Die Arbeiter werden schon Sorge tragen, daß die Geschlossenheit der Partei wieder hergestellt wird. (Ruf: Sie führen sie ja!)

Stolten-Hamburg ist nicht Gegner der Vorstandsvorstellung an sich. Aber die Resolution läßt nur die eine Möglichkeit zu, dem Budget zuzustimmen. Es schließt diese Resolution nicht neue Streitigkeiten darüber aus, welches Budget glücklicher für die Arbeiter ist. Die Interessen der Arbeiter lassen sich auch im Klassenstaat von diesem nicht ganz trennen. Die Sache liegt nicht so, wie Kautsky es darstellt, als ob der Klassenstaat eine Festung ist, die wir erobern wollen und in die wir keinen Proviant hineinlassen dürfen. Das wäre richtig, wenn wir draußen wären und nicht in der Festung selbst mit eingeschlossen wären. Solange wir nicht in der Lage sind, den Staat umzugestalten und in ihm leben, sind wir auf ihn angewiesen und müssen uns mit ihm abfinden. (Stürmischer Beifall.) Daher können auch Kompensationen kommen, welche es notwendig machen, daß wir dem Budget zustimmen. (Sehr gut.) Neu war uns die Darstellung der Vorgänge auf der Würzburger Konferenz. Wir hatten geglaubt, daß sich die Dinge in Süddeutschland heimlich abgepielt hätten. Mit Bedauern haben wir vernommen, daß mehrere Parteivorstandsmitglieder von der Würzburger Konferenz wußten und auch, daß eine Konferenz in Stuttgart stattfinden sollte. Da war es ihre Pflicht, sich auch zu kümmern, was in Stuttgart vorgehe und zu sorgen, daß man dort keine Dummheiten mache. (Beifall.) Ebenso wie den Parteivorstand trifft auch die süddeutschen Minoritäten ein Vorwurf, weil sie nicht Lärm schlagen, ehe die Lat vollzogen war. Suchen wir einen Weg, der es ermöglicht, daß derartige Vorkommnisse vermieden werden und der die Einheitlichkeit in der Partei fortbestehen lassen kann. Das ist möglich durch Annahme der Resolution Frohme. (Beifall.)

Genke-Bremen: Wenn die Dinge so liegen, muß ich auch dem Parteivorstand den Vorwurf machen, daß er nicht eingegriffen hat. Im übrigen aber komme ich zu anderen Schlüssen als Stolten. Ich bin der Meinung, daß die Differenzen sich nicht bloß um die Budgetfrage drehen, sondern daß es sich um eine tiefgehende Differenz in der grundsätzlichen Anschauung handelt. Daraus erklärt sich auch die tiefgehende Erregung in unseren Reihen. Und deshalb kann es nicht so weiter gehen, daß wie auf früheren Parteitagen in aller Gemütlichkeit versucht wird, die Sache beizulegen und daß wir uns durch eine Resolution eine Einheit vorzukaufen lassen und daß wir dann einige Wochen später in den „sozialistischen Monatsheften“ wieder lesen können, wie schroff die Gegensätze innerhalb der Partei sind. (Sehr gut!) Darum ist die Resolution Frohme zwecklos. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die letzten Kämpfe nicht im Parlament durch Hineinwachsen sich vollziehen werden, sondern daß sie sich draußen abspielen werden. Die Budgetfrage tritt daher in engste Beziehung zur Taktik und wird zu einer Programm- und Prinzipienfrage. Mit der Vorstandsvorstellung wehren wir eine Opportunitätspolitik ab. (Zuruf.) Die Politik, wie sie Genosse Eisner vertritt, muß zur Zerstückelung der Partei führen. (Eisner. Lesen Sie das Erfurter Programm!) Das Faktum, daß man nicht mehr offen ein republikanisches Programm aufstellen mag, beweist, welchen Illusionen man sich hingibt, auf welchem gemüthlichen Wege man glaubt zu einer Republik und zu einer anderen Gesellschaftsform gelangen zu können. Es kann keine Rede sein von einer Vergewaltigung der Süddeutschen durch die Vorstandsvorstellung. Noch immer gilt der demokratische Grundsatz, daß sich die Minderheit fügen. Klipp und Klax muß ein solches opportunistisches Fortwursteln unterbunden werden. (Lebh. Beifall.)

Kob-Karlsruhe stellt Geß in Aussicht, daß er sich wegen der persönlichen Angriffe mit ihm später auf dem badischen Parteitag auseinandersetzen werde (Zuruf und Lachen). Er habe auch keine Veranlassung, auf ein persönliches journalistisches Mißgeschick einzugehen, das man aller Welt verkündet hat. Die Fronte des Schicksals will es ja, daß der „Vorwärts“ so bald nicht wieder solche Dummheiten machen wird, weil ihm gestern dasselbe geschehen ist. (Heiterkeit.) Und Genosse Thiele hat mich ermächtigt, mitzuteilen, daß es ihm gestern genau so gegangen ist. (Erneute Heiterkeit.) Bedauerlich ist es nur, daß es Genossen von der Front sind, welche einen Strohhalm ergreifen, um einem Genossen, der anderer Meinung ist als sie, das Genick zu brechen. Ich bedauere, daß unsere Genossen in Gotha nicht die Mehrheit erhalten haben. Dann wäre sofort die Logik der Gegner in Scherben gegangen. Es hätte sich gezeigt, welche Utopie es ist, anzunehmen, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie in einem Einzelmandat die Mehrheit erlangt hat, einen sozialistischen Etat aufstellen könnte. (Sehr richtig!) Glauben Sie, daß wir in Baden im Falle der Mehrheit den Großherzog abschaffen können? Die Sache liegt nicht so, wie sie Kautsky von seiner Studierstube aus darstellt. Auch über die Budgetfrage werden wir in wenigen Jahren hinweg sein. (Sehr wahr! Widerspruch.) Wenn es so wäre, wie Bebel es darstellte, dann hat er und haben wir alle uns schon hunderte Male gegen das Prinzip vergangen. Oder sollen wir Komödie spielen. Sollen wir der Regierung nur

Mittel anbieten aber sie dann ablehnen? Dann dürften wir auch im Klassenstaat keinem Gesetz zustimmen, weil kein Gesetz in unserem Sinne gehandhabt wird. (Sehr richtig!) Das Zentrum in Baden ist als Mehrheit gefährlich. Wir bekämen sofort eine Konfessionschule, wir würden ein Verbrechen an der Partei begehen, wenn wir das nicht zu verhindern suchten. (Lebhafter Beifall.) Bebel erklärte, daß er solche Lechzelmacht nicht gern sehe. Nun, man liebt sie solange nicht, als man nicht in der Lage ist, sie zu machen. (Widerspruch.) Die Berliner würden sie ja auch mitmachen, wenn sie nur könnten. (Heiterkeit und Widerspruch.) In die historisch-ökonomische Mausefalle kriechen wir nicht hinein. Deshalb lehnen wir die Resolution, die unsere Aktionsfähigkeit lähmt, ab. (Zurufe.) Nun ihr Berliner wart ja schon zu Laßalles Zeiten das staats-erhaltende Element in der Partei. (Heiterkeit.) Wenn Sie keinen Bruch wollen, einigen Sie sich auf die Resolution Frohme. (Beifall und Widerspruch.)

Kautsky: Von den Budgets in Kommunen spreche ich nicht, denn davon steht in der Resolution nichts drin. Außerdem sind Staat und Gemeinde zwei zu verschiedene Organisationen. Ich beschäftige mich nur mit der Streitfrage selbst. Bayern soll ein Musterland von Demokratie, Freiheit und Arbeiterfreundlichkeit sein. Bis vor kurzem klang es noch anders. Wenn wir das Budget ablehnen, dann können wir frei und rückwärtslos Kritik üben. Wenn wir aber das Budget bewilligen, dann werden wir zu Mitschuldigen des Klassenstaates. (Beifall.) Um den Massen die Zustimmung zum Budget begreiflich zu machen, muß der Klassenstaat gelobt werden. Das ist eine verhängnisvolle Folge der Budgetbewilligung, denn sie stellt unsere ganze Agitation auf eine andere Grundlage. (Sehr wahr!) Die Budgetbewilligung ist keine süddeutsche Frage, auch keine Frage der Führer, sondern sie ist eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands. (Beifall.) Gure (zu den Süddeutschen) Sie sind gewiß auch unsere Stege, aber die Fehler, die Ihr macht, wirken auch auf uns in Norddeutschland zurück. (Sehr wahr!) Wir haben deshalb ein Recht, dazuzureden. Es gibt keine ausschließlich taktische Frage, sondern Taktik ist immer angewandtes Prinzip. In der Theorie können wir verschiedener Meinung sein, aber unser Handeln muß einheitlich sein. (Sehr wahr!) Man kann ein guter Parteigenosse sein und braucht nicht an die materialistische Geschichtsauffassung zu glauben. Man ist aber kein Parteigenosse, wenn man sich den Beschlüssen des Parteitages nicht fügen will. (Beifall.) Wer sagt, jeder müsse frei entscheiden können, ist kein Sozialdemokrat, sondern ein Anarchist. (Lachen.) Der einzelne ist rechtlos. Er ist nur mächtig, wenn er sich mit Gleichgesinnten verbündet. Diese Unterordnung, dieses Opfer der Freiheit, das freiwillig gebracht wird, ist kein Kabarettgehoram. Ich verweise auf das Beispiel Faures, der, obgleich Budgetbewilliger im Witz, jetzt mit der Mehrheit gegen das Budget stimmt. (Beifall.) Dadurch hat Faures an Achtung und Vertrauen nicht verloren, sondern gewonnen. (Erneuter Beifall.) Wenn der Parteitag nicht mehr das Recht haben soll, Beschlüsse zu fassen, dann können wir die Partei auch auflösen. Ich bitte Sie daher, sich machtvoll hinter die Resolution des Parteivorstandes zu stellen. (Lebh. Beifall.)

Waltner-Nürnberg: Bebel sagte, auf die bürgerlichen Parteien sei kein Verlaß und in Preußen werde niemals eine bürgerliche Partei das Reichstagsmandat einführen. (Sehr richtig!) Das beweist nur, daß die Verhältnisse im Norden anders sind als im Süden. Bei uns denken die bürgerlichen Parteien anders. Die Budgetabstimmung ist keine Frage des Klassen-, sondern des politischen Tageskampfes. (Zustimmung.) Wäre von Berlin nicht das Wort „Disziplinbruch“ gebraucht worden, so hätte die ganze Frage nicht die heutige Bedeutung gewonnen. (Sehr wahr!) Simon, der im bayerischen Landtag den Sachseingänger gepöbel hat, hat im bayrischen Landtag einen Antrag auf Bereitstellung von Staatsmitteln gestellt, die die Gewerkschaften für die Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen. Er handelt also auch mit dem Klassenstaat. Man hat gesagt, die Massen hielten nicht zu den Abgeordneten. Als Leiter der größten Organisation Süddeutschlands erkläre ich, daß wir, Männer und Frauen, zu unseren Abgeordneten stehen. (Beifall.) Die Resolution des Parteivorstandes will keinen Frieden, sondern den bestehenden Zustand verschärfen. (Beifall.)

Richard Fischer-Berlin: Als ich gestern Bebel gehört hatte, glaubte ich, daß eine Verständigung leicht sein würde. Als ich heute aber Segitz hörte, kam ich zu einer anderen Ansicht. Da bekam ich Zweifel, ob auf allen Seiten der gute Wille zur Verständigung vorhanden wäre. (Sehr wahr!) Segitz sprach, als ob es ihm um den Bruch zu tun war, oder als ob er die Verantwortung für den Bruch anderen zuschieben wollte. (Sehr wahr!) Ebert soll ein Scharfmacher sein und der Parteivorstand soll den Genossen Bebel wegen seiner verständlichen Haltung gerüffelt haben. Wie kommt Ihr nur so etwas glauben! Wenn Bebel auf das Schlusswort verzichtet hat, so war ich der erste, der das angeregt hat. Ich glaube es nicht verantworten zu können, von Bebel bei seinem Gesundheitszustand ein solches Opfer zu verlangen. Ich bin der letzte, der Euch Bayern den guten Willen abprechen will. Schlägt doch mein Herz für Euch, in dieser Frage. Aber stellt doch bitte nicht Behauptungen auf wie die, daß die Berliner für die Polizei acht Millionen bewilligt hätten. David ruft: Sie haben es doch aber getan! David, es kommt doch immer darauf an, ob jemand mit der Absicht für das Budget stimmt wie Ihr. Ich will aber alles tun, um die Grundlage für eine Verständigung zu geben. Ich beantrage, in der Resolution des Parteivorstandes den Satz zu streichen, in dem erklärt wird, daß die Zustimmung zu den Budgets in Württemberg, Baden und Bayern für unvereinbar mit der Lübecker Resolution sei. (Widerspruch.) Ich will dieses Opfer im Interesse der Einigkeit bringen und an dem Wesen der Resolution ändert die Streichung nichts. Der Schaden, den Ihr mit Eurer Budgetbewilligung der Partei zugefügt habt, ist viel größer als der agitatorische Nutzen, den Ihr erwartet habt. (Sehr wahr!) Ihr habt Sehnsucht nach Viktor Adler geäußert. Aber selbst Viktor Adler konnte bei aller Freundschaft mit Euch Bayern nichts anderes tun als Euch sagen: Kinder, der Weg, den Ihr geht, ist falsch. (Hört, hört!) Segitz hat gesagt, es wäre darauf angelegt, daß einige fliegen. Ich habe auch einige Fühlung mit dem Parteivorstand und kann nur sagen: Daran ist kein wahres Wort. (Hört, hört!) Ihr (zu den Bayern) begeht ein Verbrechen, wenn Ihr solche Behauptungen aufstellt. Überlegt es Euch genau, ehe Ihr um einer solchen Bagatelle willen die Ehrliebe der Partei aufs Spiel setzt. (Zuruf b. d. Südd.: Wir sagen ja auch, daß es eine Bagatelle ist!) Wenn es ernst um den Frieden ist, der Stimme

meinem Antrag zu, der auch mit kleinerlei Reinszeichen versehen. (Lebh. Beif. u. Hänkeklatschen.)  
v. Elm-Hamburg: Die Rede Timms, die auf mich großen Eindruck gemacht hat, hat nur bestätigt, daß zwischen Norden und Süden Unterschiede bestehen. Um zu einer Verständigung zu kommen, haben wir Schleswig-Holsteiner den Antrag Frohme eingebracht. Ich bitte die Süddeutschen dringend, sich die Abstimmung genau zu überlegen. Ich bitte aber auch den Parteivorstand, genau mit sich zu Rate zu gehen; und dann finden sie sich hoffentlich auf dem Boden unserer Resolution zusammen. Wir Holsteiner haben den dringenden Wunsch, gehässige Auseinandersetzungen, wie wir sie jetzt hier erlebt haben, für die Zukunft zu vermeiden. Ich bitte um die Einheit auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Denkt daran, wie die frühere Zersplitterung der Arbeiterbewegung lähmend auf die Gewerkschaftsbewegung wirkte. Gewiß: Demokratie ist Herrschaft der Mehrheit. Aber wahre Demokratie trägt auch der Ansicht einer großen Minderheit Rechnung. (Sehr richtig!) Gehen wir deshalb als eine einheitliche Partei von Nürnberg fort. (Beifall.)

Pfanntuch: Genosse Frank nannte den Parteivorstand den Gefangenen der Berliner. Nichts falscher als das. Wir hatten zwar Besprechungen mit den Berliner Genossen ab, holen uns bei ihnen Rat und geben ihnen Rat. Aber es besteht keinerlei Abhängigkeitsverhältnis. (Sehr richtig!) Genosse Frank meinte weiter, ich wäre mit auf der Konferenz in Würzburg gewesen und hätte von dem Statthalter der Stuttgarter Tagung Kenntnis haben müssen. Natürlich habe ich das gemußt. Ich wußte aber den Termin nicht und konnte doch wirklich nicht alle 8 Tage an irgend einen Landesvorstand schreiben. (Lachen.) Als Genosse, der 8 Jahre in der Berliner Stadtverordnetenversammlung saß, erkläre ich, daß wir niemals für das Budget gestimmt haben. Wir haben auch manches für die Arbeiter erreicht, wir prunkten aber nicht damit, weil wir das für unsere einfache Pflicht und Schuldbigkeit halten. (Beifall.)

Heymann-Stuttgart: Nach dieser Rede Pfanntuchs haben wir höchstens einen Formfehler begangen, als wir Pfanntuch nicht benachrichtigt. Aber der Vorwurf der Geheimbündelei ist hinfällig. Warum hat man unsere Abstimmung nicht auf dem Essener Parteitag behandelt. Troh dem ein Redner es angeregt hat. Wir wollen nicht bloß in unseren Landesorganisationen eine Maschinerie zur Geldsammlung sein, sondern wir wollen den Organisationen politisches Leben geben: deshalb gehen Sie nicht über die Rechte unserer Landesorganisationen zur Tagesordnung über. (Beifall.)

Sindermann-Dresden: Mit dem Unannehmbar des Genossen Hilbrandt proklamieren Sie den Disziplinbruch. Ich warne vor einer Änderung der Vorstandskresolution. Man glaube nicht, daß die Stimmung in Norddeutschland durch „Vorwärts“ und „Leipz. V.-Ztg.“ hervorgerufen sei. Die Parteigenossen würden es nicht verstehen, wenn man den Disziplinbruch der Süddeutschen so hingehen ließe und wenn der Parteitag so ausginge wie das Hornberger Schießen. (Sehr richtig!) Man sagt fortwährend die Sachsen hätten auch für das Budget gestimmt. Solange ein Parteitagbeschluss besteht, ist es niemals geschehen. (Zuruf: Goldstein!) Gen. Goldstein erklärt, daß er es nur einmal aus Versehen getan habe. (Lachen.) Man hat doch keinen Anlaß an seinem Wort zu zweifeln. (Sehr richtig.) Es heiße der Logik Gewalt antun, wollte man die Sachsen mit den Süddeutschen vergleichen, die die Bewilligung organisiert, die demonstrativ dem Klassenstaat die Mittel bewilligt haben. Es müssen Beschlüsse gefaßt werden, die Verstöße gegen die Parteitagbeschlüsse unterbinden. (Zu den Süddeutschen: Wenn Ihr Frieden und Einigkeit in der Partei wollt, dann laßt das Wort: unannehmbar fallen und steckt Eure verdiente Rüge ein. (Beifall und Widerspruch.)

Leinert-Hannover: Bei Eröffnung des Parteitages wurde gesagt, es müßte volle Klarheit geschaffen werden. Diese Klarheit haben die süddeutschen Genossen gegeben, daß für sie zwingende Gründe vorliegen. Bei dem Streit handelt es sich um mehr als um das Budget. Man will wieder einmal den Revisionismus heftigen und da geht man diesmal konsequent vor. (Sehr richtig!) Wenn wir die Resolution konsequent durchzuführen wollen, müssen wir den Parlamentarismus ablehnen. Die Genossin Jettin hat ja auch von den erbärmlichen Abschlagszahlungen gesprochen. (Sehr richtig.) Diese Abschlagszahlungen sind es aber, mit denen wir in der Agitation unsere Erfolge erzielen. (Beifall.) Beurteilen Sie die Süddeutschen, dann müssen auch die Gothaer in die „eiserne Jungfrau“ (Hittl.) Die Budgetabstimmung hat die Massen nicht berührt, wohl aber haben diese Debatten Erregung verursacht. Der Parteivorstand hat die Schuld daran und er sollte schleunigst diese Resolution, deren Annahme ein Unglück für die Partei wäre, zurückziehen. (Gelächter und Beifall.)

Wurm-Berlin verliest eine Erklärung von 13 an-

wesende Berliner Stadtverordneten, in der es als Unwahrheit bezeichnet wird, daß sie jemals für das städtische Budget gestimmt haben oder durch Beschluß die Abstimmung anheimgestellt hätten. (Hört, hört!) Jede entgegengesetzte Behauptung ist unwahr. (Lebh. Beifall.) Demgegenüber wird wohl Genosse Segig verstummen. (Rufe: Nein!) Der Berliner Kollege, der Segig den Brief geschrieben hat, wird sich vor seinen Kollegen und der Berliner Arbeiterschaft zu verantworten haben. Glauben Sie, daß sich die Berliner Arbeiter hätten eine Budgetbewilligung gefallen lassen? (Beifall.)

Wurm: Ich halte es noch jetzt aufrecht (Unruhe). Wurm: Genosse Eisner ist lange am „Vorwärts“ gewesen, er sollte es doch wissen. (Beifall und Unruhe. Stadt-hagen: Das ist ein Zeichen seiner Intelligenz!)

Eisner: Auch niemals dagegen gestimmt? — Wurm: Es war nicht nötig aufzustehen, da wir ein für alle Male unsern prinzipiell ablehnenden Standpunkt erklärt hatten. (Zuruf: Im Reichstag ist es genau so.)

Wurm: In dieser Kampfesweise der falschen Darstellung liegt Verhöhnung. Auch Timm hat ganz falsch zitiert. Der Rechnungsträger muß ein Knebel vorgeschoben werden, dem Mutigen gehört die Welt. (Beifall.) Ich hoffe, daß die Süddeutschen die Brücke, die ihnen der Parteivorstand mit der Resolution schlägt (Gelächter), betreten werden. Diese Resolution ist das Äußerste an Entgegenkommen. (Stürm. Beifall und Gelächter.)

Maler-Mannheim: Wir führen in Süddeutschland den Klassenkampf genau so scharf wie Sie und wir können auch unseren politisch organisierten Genossen eine Budgetverweigerung begreiflich machen. Aber die Massen draußen begreifen sie nicht und auf diese Massen müssen wir Rücksicht nehmen. (Widerpruch.) In den Schädel eines hinterwäldlerischen Bauern geht's so leicht nicht hinein. Ich kann bestätigen, daß der Genosse Eichhorn sich dahin ausgesprochen hat, es müßten einige fliegen. (Hört, hört!) Dazu kann ich nur sagen: werfen Sie unsere Abgeordneten hinaus, dann werfen Sie uns Baden mit, denn wir stehen zu unseren Abgeordneten. (Beifall bei den Süddeutschen.) Wir stehen vor den Landtagswahlen und müssen nächstens die Kandidaten nominieren. Noch niemals sind uns solche Knäuel zwischen die Beine geworfen worden als durch die heutigen Reden der Norddeutschen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Wie sollen wir nach diesen Angriffen gegen uns den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und die Reaktion führen? Hat man uns doch hier wie Schulbuben behandelt! (Große Unruhe.) Lehnen Sie die Vorstandskresolution ab, wenn er nicht so viel Verantwortlichkeitsgefühl besitzen sollte, sie zurückzuziehen. (Beifall. Unruhe.)

Schmidt-Göppingen: Ich behaupte, daß nicht zehn Prozent der süddeutschen Genossen hinter den Abgeordneten stehen. (Lebh. Widerspruch bei den Süddeutschen.)

Der Parteitag vertagt alsdann die weitere Debatte auf Freitag.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Singer: Genosse Segig hat gesagt, ich hätte die Besprechung mit den Süddeutschen in dem Moment geschlossen, als er einen Verständigungsvorschlag hätte machen wollen. Diese Behauptung ist in allen Teilen unwahr. (Hört, hört!) Ich habe ausdrücklich gefragt, ob noch jemand das Wort wünscht. Parteigenossen, ich frage Sie, ist es eine Art und Weise, so gegen einen Genossen vorzugehen. (Zuruf: Gemeinheit! Pfuirufe.) Wenn es irgend etwas gibt, was geeignet wäre, einem die Arbeit für die Partei zu erleiden, so ist es diese Manier der Verdächtigungen und der Benutzung von Hintertreppengeschwätz. (Stürm. Beifall bei der Mehrheit.) — Ich habe im Auftrage des Parteivorstandes noch folgende Erklärung abzugeben: Der Genosse Segig hat behauptet, er hätte von einer Besprechung zwischen den Genossen Bebel und Ebert gehört. Bei dieser Gelegenheit hätte Ebert dem Genossen Bebel Vorhaltungen gemacht, daß er so schwach gesprochen und uns damit das Konzept verdorben hätte. (Bebel: Kein Wort wahr!) Segig hat hinzugefügt, der Erfolg dieser Unterredung wäre gewesen, daß Bebel vom Schlusssatz zurücktrat und Ebert das Schlusssatz erhält. Als Vorsitzender der Partei erkläre ich, daß bereits gestern abend auf ausdrücklichen Wunsch Bebel's der Parteivorstand mit Rücksicht auf den augenblicklichen Gesundheitszustand Bebel's beschlossen hat, das Schlusssatz Ebert zu übertragen. (Hört, hört!) Parteigenossen, ich frage Sie, ist das eine Manier, angeblich berechnete Gründe zu verteidigen, oder ist es nicht die Manier hinterlistiger Kampfesart. (Stürm. Beifall.)

Eichhorn: Was Segig über eine Äußerung von mir gehört hat, ist eine infame Lüge. (Hört, hört!) Ich habe kein Wort vom „Fliegen“ gesprochen. Am Bierisch habe ich lediglich die Hoffnung ausgesprochen, daß, wenn es zu einer Spaltung kommen sollte, jene Elemente möglichst bald abgewirtschaftet haben möchten. (Beifall.)

Eisner-Nürnberg: Ich habe während meiner An-

wesenheit in Berlin wiederholt mit Singer gesprochen und dabei auch gefragt, weshalb die radikalen Berliner eigentlich das Budget im Rathaus bewilligt. Daraufhin hat Singer mir geantwortet, daß, wenn das Budget zu Fall gebracht würde, von der Regierung ein Zwangsbudget oktroyiert werden würde. Sie hätten aber gar keine Gelegenheit gegeben das Budget zu stimmen.

Ebert: Meine Unterredung mit Bebel fand oben im Postzimmer statt und nur der Genosse Thiele hat uns beobachtet. (Hört, hört!) Es ist erklungen und erlogen, daß ich Bebel Vorhaltungen gemacht hätte. (Hört, hört!) Dazu lag keine Veranlassung vor, denn der gesamte Vorstand ist bis zur Minute über die Frage derselben Meinung wie Bebel. (Beifall.) In Berlin werden unsere Genossen von Nichtgroßen bespitzelt. Hier aber, wo wir Genossen und Kameraden sind, sollte es nicht so weit kommen, in so perfider Weise unangenehme Genossen zu verleumben. (Sehr wahr! Unruhe.)

Bebel: Was Ebert gesagt hat, ist Wort für Wort wahr. Ich bin gegen den Willen meines Arztes hierher gekommen, der erklärte, die Verantwortung nicht übernehmen zu wollen. Ich habe aber gesagt, ich muß aber sagen, daß ich es nicht riskieren kann, nochmals zu sprechen. Deshalb habe ich für das Schlusssatz Ebert vorgeschlagen. Ich verstehe nicht, wie man Ebert einen Scharfmacher nennen kann. Er ist das ruhigste und am objektivsten denkende Vorstandsmitglied. Segig ist eben das Opfer einer Mystifikation geworden. Ich kann bestätigen, daß mein Gespräch mit Ebert nur vom Genossen Thiele gesehen worden ist. (Hört, hört!) Thiele ruft: Ich weiß von der ganzen Sache nichts! Um so besser dann für Sie.

Segig: Bebel's Aufregung begreife ich. Aber Ebert hatte keine Veranlassung sich so zu entrüsten, denn er kennt den Gewährsmann seit heute nachmittag. Es ist nicht der Genosse Thiele, sondern der Genosse Nimmerfall. Wenn ich den Genossen Ebert einen Scharfmacher genannt habe, so so geschah das, weil Ebert bei den Verhandlungen mit uns sich so unverföhlich gezeigt hat. Singer hat bestätigen müssen, daß er in dem Moment Schlusssatz machte, als ich einen Vorschlag machen wollte. (Lebhafter Widerspruch.) Daß er gefragt hat, ob ich das Wort wünsche, weiß ich nicht. (Lachen.) Eichhorn hat im wesentlichen zugeben müssen, was ich gesagt habe. (Zuruf: Unerhört!) Abtrügnis berechtigt uns die ganze Situation, in der wir uns befinden, zu dem Mißtrauen, das ich ausgesprochen habe. (Pfuirufe. Unruhe und Zurufe: Unglaublich!)

Thiele spricht sein Bestremden aus, daß Ebert seinen Namen in die Sache hineingebracht habe, trotzdem er wußte, daß er, Thiele, unbeteiligt sei. Das sei eine unbegreifliche Leichtfertigkeit eines Parteivorstandsmitgliedes. (Sehr wahr! Lebh. Zustimmung.)

Nimmerfall: Das Gespräch haben Bebel und Ebert auf der Stiege gehabt. (Widerpruch.) Ebert habe gesagt: Die Geschichte ist so verworren geworden, weil Sie nicht mit genügender Schärfe für die Resolution des Parteivorstandes eingetreten sind. (Bebel: Kein Wort ist davon wahr!) Parteigenossen, ich lasse mich nicht als Lügner vor die Partei hinstellen. (Gelächter, Rufe: Horcher! Zwischenträger! Gemeinheit! Bebel: Sie sind ein Lügner!) Genossen, wenn man so etwas auf der Stiege hört, ist es doch begreiflich, daß man es den Freunden mitteilt. (Widerpruch. Pfuirufe. Zedebour: Sie können sich doch auch irren, aber Bebel muß doch wissen, was er gesagt hat.)

Bebel (den Singer mahnt, sich nicht zu erregen): Was ich über Thiele gesagt habe, nehme ich zurück. (Bravo!) Die Besprechung war im Postzimmer, nicht auf der Stiege. Natürlich mußten wir zum Postzimmer über die Stiege gehen. (Heiterkeit.) Ebert sagte mir, daß man glaubt, es bestehe zwischen mir und Singer ein Gegensatz. Ich erwiderte, daß ich die Resolution doch ganz klar vertreten habe und daß zwischen mir und Paul kein Gegensatz bestehe. Nun hat der Herr Nimmerfall (Hittl. Ruf: Nimmerfall) wohl einige Worte aufgeschnappt und in seinem Hirn sich zurecht gemacht. Sie haben nicht bewußt gehört, aber Sie haben aufgeschnapptes hintertragen. Wenn Sie dem Genossen Segig das so gesagt haben, daß dieser es glauben mußte, so haben Sie sich als Parteigenosse in der elendesten und erbärmlichsten Weise benommen. (Stürmischer Beifall.)

Ebert erklärt, daß er den Namen Thiele's nur genannt habe, um volle Klarheit zu schaffen. (Zurufe.) Jeden Verdacht gegen Thiele nehme er zurück. Es habe sich der Vorfall genau sogetragen, wie es Bebel gesagt hat. Bedauerlicher als das Geschwätz von Nimmerfall ist es, daß ein Mann wie Segig auf so fade Schwärze in solche schwere Anschuldigungen vorbringe. (Stürmischer Beifall und Pfuirufe.)

Singer schließt darauf die Sitzung.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.  
Verleger: L. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Haben Sie schon einmal daran gedacht,

es mit Rathreiners Malzkaffee zu versuchen?

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.**  
(Filiale Lübeck).

**Einladung zum 20jähr. Stiftungsfest**  
bestehend aus  
**Ball und Festrede**  
am Sonntag, den 20. September 1908  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Das Komitee.

**Zentralverb. der Fleischer und Beruigenossen Deutschlands.**  
(Zahlstelle Lübeck)

**Einladung zum Ball**  
am Sonntag, den 27. September 1908,  
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.  
Anfang des Balles 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wof. Garderobe.  
Das Komitee.  
Heute Sonntag:  
**Neu-Lauerhof. Großes Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.